

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummern: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzustellungsnummer 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 16. bis 31. Juli 1.00 Mark, Abnehmer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile kostet 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pfennig. Besondere Anzeigen 20 Pfennig, die dreigespaltene 90 Millimeter breite Zeile kostet 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Rubrik = ein Dollar geteilt durch 4.20.) Der gewöhnliche Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plagiaten keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 169.

Magdeburg, Dienstag den 22. Juli 1924.

35. Jahrgang.

Bayrischer Drehkurs.

Aus München wird uns geschrieben:

Mehr als eine Woche beanspruchte das als „politische Aussprache“ bezeichnete Redetournee des Landtags. Dabei zeigte sich wiederum, daß keine Partei außer der Sozialdemokratie mehr bieten kann als einen Aufguss von dem seit Jahren aufgespeicherten Whrasenbrot. Gleichviel, ob die Männer der ersten oder der zweiten Rednergarnitur die Tribüne besteigen, gleichviel, ob der neue Vorsitzende der Fraktion der Bayerischen Volkspartei die eng begrenzten Gedanken eines Eichstätter Lyzealprofessors als „Weltanschauung“ seiner Partei verzapft, oder ob ein völkischer oder deutschnationaler Spießer heimatlische Stammtischweisheit als funkelnagelneue Offenbarung anzubringen versucht — der Effekt besteht immer in dem Beweis einer fast ungläublichen Müdigkeit der Leute, die in Bayern als „Politiker“ agieren können. Und daraus ergibt sich diese Alternative: entweder sind die parlamentarischen Widerkäufer die Kuselose bayrischer Bourgeoispolitiker oder die bürgerliche Intelligenz verzichtet in einem von Wahlperiode zu Wahlperiode steigendem Maß auf die Teilnahme am politischen Leben. Dann aber wird der von Ludwig Thoma so trefflich gezeichnete Abg. Filler zum Urtyp der bürgerlichen Koalitionsgehalten. Die unproblematischen 23 Giganten des völkischen Blockes und die acht Moskowiter dienen der jetzigen Koalition nur als Folie. Die auf 3 Mandate reduzierte Demokratische Partei hat ihre Intelligenzen dem deutsch-völkischen Moloch zum Opfer bringen müssen. Der Rest ist Schweigen!

So beweist die 21 Mann starke sozialdemokratische Fraktion, daß sie in der bayrischen Volksvertretung, dieser wirklichen „Halle der Wiederholungen“ allein das Ansehen des Parlamentarismus aufrechterhält. Nicht allein durch ihre stets sachliche Kritik an den Besonderlichkeiten und gemeingefährlichen Wochsprüngen antiquarischer „Politiker“, nicht allein durch ihre politischen Kenntnisse, sondern vielmehr noch, daß sie dem denkenden Menschen als die einzige, die Fahne des Fortschritts, der Kultur und der ehrlichen Eingabe an die Sache der Republik und der Demokratie hochhaltende Partei, erscheinen muß.

Diesen Eindruck erweckte auch bei Nichtsozialisten die große und bedeutende Rede des Genossen Dill gelegentlich der letzten politischen Aussprache. Unser Genosse rechnete gründlich ab mit den Männern und Parteien, die seit dem Kahrputsch im März 1920 Bayerns Ansehen in der Welt auf das Niveau albanischer Stammeseigenarten herunterbrachten; die in der Politik niemals die „Kunst des Erreichbaren“ haben, sondern nur die Kunst, durch Verlogenheit und Untreue ein falsches Spiel zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Unter Redner bewies es an der Hand unwiderlegbarer Tatsachen. Dem Erfinder dieses Systems bayrischer Hinterhaltspolitik, dem immer noch am Dienste der Republik lebenden monarchischen Schrittmacher Kahr, mögen die Ohren geklungen haben, als ihm Dill bewies, wie die Politik dieses „Arcudeutschen Mannes“ in nichts anderem bestand, als im Verleugnen dessen, was er versprochen, und im Verleugnen dessen, was er verleugnete. Und sein Nachfolger Rechenfeld wurde in die Wüste geschickt, weil er sich für das staatsmännische Arbeiten mit doppeltem Boden nicht genügend qualifiziert erwies. Dessen Nachfolger Knilling versuchte das Werk des Meisters Judas Ischariot fortzusetzen, scheiterte aber an der brutalen Demagogie der Hitlerischen Kampfbünde, für deren Verjöhnung mit bayrischen „Staatsnotwendigkeiten“ seine blige Schmiegeamkeit noch nicht ausreichte.

So konnte nach dem Ausfall der Wahlen vom 6. April dieses Jahres und nach dem Verjagen Kahr-Knillingischer „Staatskunst“ schließlich nichts übrigbleiben, als daß der bisherige Regisseur aller Maschinenkasten, der Vorsitzende der Fraktion der Bayerischen Volkspartei aus dem Kulissendübel hervor und selbst auf die politische Bühne trat. Man darf seiner Versicherung, wie schwer ihm dieser Entschluß gefallen war, ohne weiteres Glauben schenken. Denn es war ja viel bequemer, als Drahtzieher die Ministermationellen tanzen zu lassen, als selbst vorzutreten. Jedenfalls ist die zweideutige bayrische Politik mit der Ministerpräsidentenschaft des Feld auf ihrer Endstation angekommen. Schon wegen der außenpolitischen Situation des Deutschen Reichs, zu dem ja Bayern nun einmal gehört — edt bawarische Männer leuten leider —,

dann aber auch, weil die lange genug gepflegte Lüge, daß Bayern sich wirtschaftlich selbst genügen könne, dem Schicksal aller Seifenblasen verfallen ist. So bleibt es denn der Geschicklichkeit Felds überlassen, sich wie Münchhausen an seinem eignen Pops aus dem Sumpf zu ziehen, in den er, seine Vorgänger und Mitkämpfer sich selbst und das bayrische Staatsschiff hineingelockt haben.

Gute Aussichten dazu sind nicht vorhanden. Zeigte der Ausfall der letzten Wahlen schon das Fehlen jeder Reserve der Bayerischen Volkspartei in den Wählermassen, so erbrachte die, bei dem Volksentscheid, der Partei zugesagte Niederlage den Beweis, wie wenig ihre auf eine monarchistische Restauration zielende Politik, im Volke Wurzeln gefaßt hat. Bleibt also dem neuen Ministerpräsidenten nichts übrig, als zu versuchen, aus der Fülle der Forderungen und Versprechungen seiner Partei das herauszuklauen, was noch einige Zugkraft bei politischen Nichtdenkern besitzt; nur so können Ansehen und Bestehen der Partei eine Zeitlang erhalten bleiben.

Denn was Feld als Schlüsselstein auf die politische Aussprache setzte, was er als Programm der Regierung verkündete, war nichts anderes als ein Klischee des Bamberger Programms seiner Partei. Wer sich nicht zu ihm bekennt, ist nicht „guten Willens“, will die Staatsautorität nicht wiederherstellen und gehört zu den räumigen Schafen, die mit „starker Hand“ von den staatsbehaltenden Böcken gesondert werden müssen. Nur ist der Trennungsstrich zwischen „gut und böse“ schwer zu ziehen. Man weiß nicht, wie die Völkischen, die ihre Mandate ergatterten, weil sie versprachen „den Parlamentarismus auszuhöhlen“, sich weiter zu einer parlamentarischen Partei entwickeln. Auch weiß man nicht, welche Bahnen der mentwegte Hitlerismus einschlagen wird, wenn sein Führer die Feder wieder mit dem Knüttel vertauscht, und ganz unmerklich bleibt, wie sich zukünftig die noch ziemlich gut bewaffneten Kampfbünde und vaterländischen Verbände als Nebenregierung betätigen werden.

Fehlt der Regierung Geld demnach ein breiter und fester Boden im Volke — die beste und einzige Grundlage jeder Staatsautorität — so erscheint es begreiflich, daß ihr Führer in seinem Programm, wie in seinen reichlich verschwundenen oratorischen Darbietungen, sein Gleichgewicht mit einer Balancierstange aus mittelständlerischer Müdigkeit und politischer Rückwärtserei zu halten versucht. Nur aus dieser Zwangssituation läßt es sich verstehen, daß der Leiter des zweitgrößten Landes des Deutschen Reichs im Jahre 1924 ein wirtschaftliches Programm verkündet, das vor hundert und mehr Jahren sicher den Beifall der bayrischen Stände erlangt hätte. In der Zeit, wo die Weltwirtschaft ihr eisernes Band um alle Einzelwirtschaften windet, proklamiert der bayrische Regierungschef eine bodenständige Wirtschaft, bestehend aus Landwirtschaft und dem gewerblichen und handwerklichen Mittelstand. Sie sind die „wahrhaft konservativen Elemente des Staates und das Mittelglied zwischen Industrie und Handel einerseits und den arbeitenden Händen andererseits“. Von der Erhaltung dieser beiden „Hände“ hängt auch die Unabhängigkeit des Staates ab.

Kann es bei solch weltfremder Einstellung wundernehmen, wenn die bayrische Regierung es als ihre „nationale Pflicht“ betrachtet, unbedingt für die Raubzollgesetzgebung einzutreten? Daß ferner zu den bayrischen „Belangen“ der Abschluß selbständiger Staatsverträge gehört, wobei dem Reiche höchstens ein Nachprüfungsrecht gnädigst eingeräumt werden soll. Mit der unbedingten Reichstreue der Regierung Feld verträgt sich solche verfassungswidrige Annahme so gut wie mit dem Festhalten an der berücksichtigten bayrischen Denkschrift, die vorläufig als Makulatur betrachtet und höchstens als psychologisches Merkmal politischer Rückständigkeit im Verein mit unberechtigter Arroganz der Nachwelt überliefert wird.

In Summa: Die in Bayern herrschenden Parteien haben aus den letzten hundert Jahren der Weltgeschichte nichts gelernt und alles vergessen. Die Regierung Feld entfernt sich nicht um eine Linie von der Auffassung Ludwigs I., der seinem Sohn Otto abriet, dem griechischen Volk eine Verfassung zu geben und dessen Politik, wie der aller bayrischen Könige, bestimmt war von der Furcht vor der Revolution. Das heißt vor allem Neuen und Unbekanntes. Dieses ist „das böse Prinzip“, gegen das zu kämpfen Herr Feld auch als

feilische Pflicht und sittliches Gebot betrachtet. Nur hat man diesem Kampfe heute die Etikette „Marxismus“ angehängt. Der antiquarische Geist in der bayrischen Politik gibt sich heute nicht anders kund als vor hundert Jahren. Unter den drei Arten der Betrachtung der Vergangenheit hat die antiquarische sich in Bayern auch als für die Gegenwart verwendbar erwiesen. Daher der Drehkurs und die „Wiederkehr der Gleichen“ in der Volksvertretung.

Die bayrisch-deutsche Schande.

Der vor wenigen Tagen aus dem bayrischen Festungsgefängnis Niederjöhrenfeld entlassene Dichter Ernst Toller nahm am Sonnabend Gelegenheit, sich im Reichstag hauptsächlich vor den sozialdemokratischen Mitgliedern des Rechtsausschusses über die Zustände in Niederjöhrenfeld zu äußern. Die bürgerlichen Abgeordneten mit Ausnahme eines Demokraten verzichteten auf die Erklärungen Tollers. Das dürfte in dem Bewußtsein geschehen sein, daß Tollers Erklärungen Dinge zutage förderten, die nicht nur eine Schmach für die bayrische Justiz, sondern auch für die Reichstagsmehrheit bedeuten, die die Zustände in Niederjöhrenfeld bestehen läßt.

Toller führte u. a. folgendes aus:

Der Strafvollzug in Niederjöhrenfeld ist so demütigend, wie nur möglich. Während Hitler durch die Zeitung sich wegen Ueberlastung weitere politische Besuche verbat, Graf Krco Tag für Tag Urlaub erhalten konnte, die Vaterbauschule besuchte und monarchistische Artikel veröffentlichten konnte, begann gegen Toller und seine Leidensgefährten vom ersten Tag ihrer Einlieferung an ein hartes Regime, das sich immer mehr und mehr verschärfte. Während sie anfangs 6 Stunden täglich Besuch empfangen durften, wurde diese Erlaubnis später auf 6 Stunden wöchentlich eingeschränkt; jetzt muß die Unterhaltung mit dem Besuchenden unbedingt in Gegenwart eines Beamten stattfinden, der selbst bei Unterredungen mit Rechtsanwältinnen zugegen ist. Sogar Tollers Arzt wurde abgemessen.

Es herrscht die schärfste Zensur, schriftstellerische Tätigkeit ist verboten. Urlaube werden nicht erteilt, selbst wenn es darum geht, sich von der sterbenden Mutter oder von dem sterbenden Kinde zu verabschieden. Besonders schlimm war es während der Wera des Staatsanwalt Krauß. Disziplinarstrafen hagelten wegen jeder Kleinigkeit. Wald hatte der Gefangene mit dem linken Fuß eine unehrliche Bewegung gemacht, bald war die Haltung oder der Gesichtsausdruck nicht vorchriftsmäßig. Mühsam erhielt 10 Tage Einzelhaft mit Verzicht auf die in einer revolutionären Gedicht aufgefunden wurde. Sauber wurde in die Zwangsjacke gesteckt, weil er in der Erregung, daß er in Einzelhaft müde, dem Aufseher gesagt hatte: „Mensch, Du machst mich ja kaputt, mach mich doch gleich ganz kaputt!“ Seine Verfehlung bestand darin, daß er eine Flasche, die für seine Frau bestimmt war, in eine kommunistische Zeitung eingewickelt hatte, während die Weitergabe solcher Zeitungen verboten war.

Als einer der Gefangenen, dessen Geisteszustand Zweifel erregte, in Einzelhaft kam und Mühsam, Wingerl und ein dritter Gefangener durch eine Eingabe den Festungsvorstand auf seinen Zustand aufmerksam machten, erhielten auch sie Einzelhaft. Dieser Gefangene kam später doch ins Freie. Eingaben an die Reichsregierung wurden beschlagnahmt; Zahnbehandlungen wurden nur als Vergünstigung für gute Nahrung gestattet usw. Als dieser Staatsanwalt Krauß seine Amtstätigkeit in Niederjöhrenfeld begann, sagte er einem der Gefangenen: „Ich bin Direktor, Sie haben zu gehorcht. Ich greife durch, wenn es sein muß, mit Waffengewalt.“ Toller gegenüber äußerte er: „Ich werde Sie schon klein kriegen.“

Eine Krankheitsabteilung gibt es in Niederjöhrenfeld nicht. Der Gefangene Hagemeister starb in einer Einzelzelle, ohne jede Hilfe, auf einem Lehnstuhl, den ihm seine Mitgefangenen besorgt hätten. Eine Eingabe Tollers an die Staatsanwaltschaft, in der er den behandelnden Arzt der jahrelangen Züchtung bezichtigte, blieb ohne jeden Erfolg. Dafür aber wurde der Festungsvorstand zum Oberregierungsrat befördert, der Arzt zum Medizinalrat und der Werkmeister zum Oberverwalter. Ueberhaupt wurde zur Demütigung der Gefangenen jede Gelegenheit wahrgenommen. So mußten sie sich bei der Entlassung entkleiden und aufs peinlichste untersuchen lassen. Eine noch genauere Untersuchung wurde in einem Fall an der Frau eines Verurteilten in Eichstätt vorgenommen. Unter Tränen berichtete sie darüber ihrem Mann.

Es ist zu begreifen, wenn die Gefangenen bei den ständigen Schlämungen in Erregung geraten. Die bayrische Regierung erklärte dann, die Niederjöhrenfelder Gefangenen begingen fortgesetzt Disziplinarverfehlungen. Einen Untersuchungsausschuß wollte sie auf keinen Fall zulassen. Als der Reichstag einen Ausschuß einsetzte, erhielt der Festungsvorstand den Befehl, auch Reichstagsmitgliedern den Zutritt in die Zeitung nicht zu gewähren.

Nebenherzählend wirken die beständigen Gerüchte über die bevorstehende Amnestie. Der letzte Ausspruch Maß in Reichstag, man müsse die Räteverfehlungen als verjährt betrachten, hat bei den Gefangenen die Hebung herbeigeführt.

rufen, daß sie jetzt amnestiert werden würden. Als sie sich von Toller verabschiedeten, äußerten sie alle die Hoffnung, daß sie ihn in Freiheit bald wiedersehen würden. Wenn sie nun jetzt die Nachricht erhalten, daß aus der Amnestie auch diesmal nichts geworden ist, so wird das einen völligen Nervenzusammenbruch zur Folge haben. Daß diesen wenigen vom Jahre 1919 übriggebliebenen Gefangenen nicht die Freiheit geschenkt wird, ist ein unerhörtes Unrecht.

Die Entlassung Tollers weist auch charakteristische Momente auf. Als er sich an den Gefängnisvorstand mit der Bitte wandte, seine 14 Mitgefangenen mit 7 Pfund Rindfleisch und Makkaroni zu bewirten, wurde es mit der Begründung abgelehnt, Abschiedsfeiern gäbe es nicht. Die Bestellung überschreite die Grenzen der Mäßigkeit und sei mit dem Ernste des Strafvollzugs nicht vereinbar. Toller selbst, obgleich er 4 Jahre bayrischer Landtagsabgeordneter gewesen ist, wurde als nichtbayrischer Staatsangehöriger des Landes verwiesen. In der Begründung heißt es, er habe nach Feststellung seine Gesinnung nicht geändert und bedente nach wie vor eine Gefahr für die Sicherheit des Landes, deshalb sei seine Ausweisung erforderlich. Unter Begleitung von zwei Kriminalbeamten wurde er auf vorgeschriebenem Weg unter Vermeidung der Industriezentren über die Grenze abgeschoben. Als er die Absicht äußerte, einen kürzern Weg zu wählen, wurde ihm erklärt, daß er gegebenenfalls mit Gewalt daran verhindert werde.

Von der Londoner Konferenz.

Die schweren Wolken sind noch am Sonnabend nachmittag gewichen. Es strahlt wieder die Sonne der Hoffnung auf das Gelingen.

Die erste Kommission hat am Sonnabend nachmittag ihre Beratungen beendet und ist imstande, der Konferenz einen einstimmigen Bericht zu unterbreiten. Sie hat Hughes' Vorschlag finanzieller an Stelle politischer Garantien für die Bondsinhaber angenommen und beschlossen, daß im Falle der Erklärung eines deutschen Verzugs der Generalagent für Reparationszahlungen und ein Vertreter der Bondsinhaber befragt werden, bevor Sanktionen ergriffen werden, durch welche Entscheidung die britische Regierung befriedigt ist.

Der Ausschuss hat ferner beschlossen, daß zwecks Verwirklichung des Dawes-Berichts keiner der Alliierten in keinem Falle besondere Sanktionen ergreifen darf, während wieder die Alliierten für alle andern Angelegenheiten, die außerhalb des Dawes-Planes liegen, ihre Rechte behalten. Es sei nicht wahrscheinlich, daß außerhalb des Dawes-Planes eine Lage entsteht, die die Reparation in Mitleidenschaft ziehen werde, weshalb die gefundene Lösung befriedigend sei.

Eine Vollsitzung der Konferenz wird wahrscheinlich am Dienstag stattfinden. Dann soll auch beschlossen werden, für welchen Tag die Deutschen zur Teilnahme eingeladen werden. Man spricht vom Donnerstag dieser Woche. In der zweiten Kommission gibt es noch Differenzpunkte. Man hofft sie am heutigen Montag günstig erledigen zu können.

Beamtenfragen im Reichstagsausschuss.

Der Beamtenausschuss des Reichstags beschäftigte sich Freitag voriger Woche mit Anträgen des Zentrums und der Sozialdemokraten, die eine Neuordnung des Beamtenrechts verlangen, ferner mit einem Antrag der Deutschnationalen zugunsten der nachgeheirateten, das heißt der von Aufstehungsbeamten geheirateten Frauen. Der Re-

gierungsvertreter erklärte dazu, daß man diese Teilfrage der gesamten Pensionsfragen nicht vorweg nehmen könne, stellte aber in Aussicht, daß in dem vorliegenden Pensionsgesetz die Frage der nachgeheirateten Frauen die Regelung finden werde, die der Reichstag wiederholt gewünscht hat.

Der deutschnationale Antrag wurde durch Annahme eines völksparteilichen Antrags erledigt, der die Neuordnung der Ansprüche nachgeheirateter Frauen mit dem Pensionsgesetz verbunden wissen will. Zu den Anträgen des Zentrums und der Sozialdemokraten erklärte Ministerdirektor Brecht, daß der Entwurf eines Gesetzes über Beamtenvertretungen und eines Reichsbeamtengesetzes neu vorgelegt werden sollen. Der Entwurf einer Dienststrafordnung sei fertiggestellt, der eines Gesetzes über eine Krankenversicherung der Beamten müsse zurückgestellt werden. Der Zentrumsantrag wurde dann angenommen.

Hierauf kam ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Gleichstellung der Altpensionäre mit den Neupensionären zur Beratung. Der Regierungsvertreter bekämpfte den Antrag, weil damit die Neufestsetzung der Ruhegehälter für 250 000 Personen verbunden wäre und weil die Kosten auf 86 Millionen veranschlagt werden müßten. Ausgaben in solcher Höhe würden die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschwören. Der völksparteiliche Antrag wurde angenommen.

Letzter Verhandlungsgegenstand waren Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich auf Erholungsurlaub und Dienstzeit beziehen. Ministerdirektor Brecht erklärte dazu, daß der Kabinettsbeschluss über die Verlängerung der Dienstzeit von vornherein zeitlich begrenzt worden sei. Die gegenwärtigen Unterschiede zwischen Reichs- und Länderbeamten könnten nicht weiter bestehen bleiben.

Angenommen wurden die Anträge gegen die Verkürzung des Erholungsurlaubs und auf Wiedereinführung der ungeteilten Dienstzeit da, wo es die dienstlichen Verhältnisse zulassen, ferner ein Antrag auf Aufhebung des Erlasses vom 29. Dezember 1923 über die Regelung der Dienstzeit. Hierzu gaben Vertreter der Deutschen Volkspartei und des Zentrums Erklärungen ab, daß sie sich mit ihrer Zustimmung nicht für eine unterschiedslose Bemessung der Dienststundenzahl für alle Beamten einsetzen wollen.

Eine Entschickung der Sozialdemokraten, die eine grundsätzliche Festlegung auf den Achtstundentag fordert, und eine zweite, die ein Reichsgesetz in diesem Sinne verlangt, wurden abgelehnt.

Der standhafte Zinnsoldat.

Zeit einiger Zeit taucht immer wieder das Gerücht auf, daß der seit Februar dieses Jahres von seinem Posten als Regierungspräsident von Oberbayern beurlaubte Herr von Raht seinen Dienst wieder angetreten habe. Antlisch wird nun bekanntgegeben, daß dieses Gerücht nicht die Wahrheit trifft.

Raht befindet sich auch weiterhin im Urlaub, nachdem er allerdings schon einigemal versucht hat, seinen Dienst wieder anzutreten. Er hat es abgelehnt, der an ihn ergangenen Anregung, sich pensionieren zu lassen, nachzukommen. Es wird also der bayrischen Regierung, wenn sie die Ereignisse vom Jahre 1923 ernstlich liquidieren will, nichts anderes übrigbleiben, als den Herrn v. Raht bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahrs im Dauerurlaub zu belassen, da irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen für eine Zwangsverabschiedung fehlen.

Eine solche wäre nur möglich, wenn dem Herrn v. Raht Verfehlungen im Amte nachgewiesen werden können. Nachdem aber der Staatsanwalt es abgelehnt hat, auf Grund der gegebenen Unterlagen öffentliche Anklage gegen Raht zu erheben, ist anzunehmen, daß ein gegen Raht eingeleitetes Disziplinarverfahren erfolglos enden würde. — Der liebe Raht erinnert an den einbeinigen Zinnsoldaten in Andersens Märchen. Er steht — zu seinem Amte — bis er geht. —

Es gibt noch Richter in — Bayern.

Vor dem Schöffengericht in Würzburg hatte sich dieser Tage der Strohhüttenfabrikant Johann Fischer wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu verantworten. Er nannte in einem Eisenbahnabteil andern Reisenden gegenüber den ermordeten Erzberger einen gemeinlichen Schuft, Lumpen und Betrüger, der das Volk um 16 Millionen Mark betrogen habe, und den ermordeten Rathenau bezeichnete er als Judensau; alle diese Lumpen müßten weg um.

Vor Gericht suchte der Angeklagte seine damals gebrauchten Ausdrücke aufzufrischen, doch wurden sie durch Zeugenansagen einwandfrei nachgewiesen. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß zwar eine öffentliche Beschimpfung vorliege, doch sei die allgemeine sehr gereizte Stimmung damals (im Juli 1923) in Betracht zu ziehen, so daß die Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis mit voller Bewährungsfrist am Plage sei.

Die Richter waren aber noch milder und sprachen den Angeklagten frei. Sie begründeten ihren Freispruch damit, daß die von dem Angeklagten gebrauchten Worte wohl als Beschimpfung betrachtet werden könnten, aber es fehle bei dem Eisenbahnabteil der Begriff der Öffentlichkeit. Es sei nur ein bestimmter Personenkreis vorhanden gewesen.

Wie man sieht, haben die Schöffengerichte in Bayern von den Volksgerichten viel gelernt. —

Hundertmillionencredit für die Landwirtschaft.

Auf der am Freitag in Berlin stattgefundenen Ernährungsminister-Konferenz stand im Vordergrund der Beratungen die Frage der Kredite für die Landwirtschaft. Es sind, wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ erfährt, zunächst nur 100 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Sie reichen nach der Auffassung der maßgebenden Stelle zur Finanzierung der Ernte nicht aus. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß bald ein neuer großer Kredit bereitgestellt wird. Zur Ermöglichung des Zinslages wird der Reichsernährungsminister noch besondere Verhandlungen mit der Reichsbank führen.

Im Streit über den Verteilungsmodus sind die Vorschläge Preußens durchgedrungen: Die Verteilung erfolgt jetzt über die Länder und von diesen aus an die verschiedenen landwirtschaftlichen Kreditinstitute, Genossenschaftskassen, Landchaften usw. Berührt wurden auch die viel umstrittenen Fragen zur Umgestaltung der landwirtschaftlichen Kreditorganisationen. Der Plan eines selbständigen Vorgehens der Länder in dieser Frage wurde vorläufig aufgegeben.

Geplant ist ein einheitliches Vorgehen zur Erlangung von Inlands- und vor allem von Auslandskredit. Dieser ist jedoch nach Auffassung der maßgebenden Stellen erst nach einer günstigen Regelung der Reparationsfrage denkbar. Gegenwärtig ist bereits eine Zentralagrarkreditstelle im Entstehen begriffen. Sie soll zunächst als Ersatz für die weitergehenden Pläne hinsichtlich der Umgestaltung der Rentenbank dienen, die jedoch von der Entente nicht gebilligt wurde. —

Kleines Feuilleton.

Victoria-Theater.

Der Schwanzfennek Erik Friedmann-Grederich u. Ko. geht ein guter Ruf voraus. Das zeigte sich am Sonnabend schon in dem behäutungsreichen guten Besuch seiner Sommerbühne. „Klein Better Edward“, das neue Erzeugnis hat in Berlin großen Anklang gefunden und die Kritik stimmte in das Lob des Publikums ein. Soweit sich dieses Lob auf die gewissermaßen künstlerische Leistung bezieht, eine Reihe vonwunder und überraschender Situationen zu schaffen, kunstvolle Szenen zu skizzieren und sie mit der geschmeidigen Hand des Laienspieler zu lösen, kann man nicht sagen. Wir möchten auch darin keinen Mangel sehen, daß der Schwanz nicht eine neue Figur aufweist, sondern mit den abgewandtesten Typen arbeitet, als da sind der eifersüchtige Ehemann, der aber selbst keine wahre Liebe in Kunst der Liebe trägt, oder der ewige Schwärmer, der beim Anblick jeder Schöne sofort in Klammern fällt und ebenso rasch abfällt, oder gar die alte herabwürdige Schwärmer, die jedermann aus den Dingen von Operetten der letzten Jahre zur Genüge kennt. Weder nehmen und nicht lassen. Aber daß die Herren Autoren zu dem übertriebenen oder Theatermittel greifen, und eine Person — die Hauptfigur des Stückes — als Verwandlungskünstler operieren lassen, genau doch von einer gewissen Überformel und steht in ganzen Partien die Wirkung des Stückes an.

Indessen man analysierte sich auch hier. Ernst Baum hatte den Schwanz in Szene gesetzt und die gewöhnlich geringe Höhe wurde durch gute Inszenierungen und ein festes Ensemble kompensiert. Den Vogel schloß Erik Frost ab, der hohle Redebegier, und aus Amerika in sozialer Ausgabe und Hans in launigen Wägen war. Dieser Sommerwille gegenüber ist alles andere Epizode. Wer es war jeder Winterwille am nächsten Hof und tat, was in seinen Kräfte stand: Herje Koppig, Theo Schwarze, Günther von Eckern, Michael Pison, Georg Strohmer und die Damen Verjen, Koll und Giese. Es wurde selbstverständlich applaudiert und der „Bettler“ mit dem an den Vorlagen geübter „Freisitzer“ verglichen, wobei der letzte nicht übelst begann.

George Kennan.

George Kennan im Alter von achtzig Jahren vor kurzer Zeit in seinem Vaterland Amerika gestorben. Gerade im gegebenen Augenblick des Wiederauflebens der Beziehungen von russischen Gegnern in Sowjetrussland ruft sein Tod die kühnsten Erwartungen an all die Mächte nach, die russische Interventionen in Europa und Ostasien erachtet haben. Ein wahrer Freund dieser Nation war der alte George Kennan.

Als im Jahre 1881 der russische Schah den Baron Alexander 2. überredete, konnte möglich die ganze Welt auf, was man in diesem unermesslichen Augenblick vor sich sehen? Da wurde sich

der damals noch nicht vierzigjährige Kenan auf den Weg in dies räuberische Land und erwarb als Berichterstatter der amerikanischen Zeitschrift „The 19. Century“ (Das neunzehnte Jahrhundert) bei den Aufgeboten in Petersburg, denen viel daran lag, den Amerikanern in günstigen Lichte zu erscheinen, die Erlaubnis, die Gesandtschaft und die Verhandlungsorte Sibirien zu besuchen. Er legte Taverne von Kantonern mit primitivsten Verkehrsmitteln zurück, um an Ort und Stelle die Verhandlungen lernen zu können. Und je tiefer er in das Wesen und Leben dieser charaktervollen Bevölkerung, denen kein Opfer im Kampfe um die Verwirklichung ihrer Ideen zu schwer war, eindrang, in eine um so intensiver Bewunderung und um so stärkere Freundschaft verbandelte sich sein anfängliches Mißtrauen gegen die rebellierende russische Jugend.

Die „Großmutter“ der russischen Revolution, die achtzigjährige Breischtschewskaja, die Kenan bei seinem Besuch in der Verbannung kennen gelernt hat, erinnert in der Zeitung „Das“ an zwei interessante Episoden. Es war noch am Anfang seiner Reise. Mit Entsetzen lauschte er den Worten des Revolutionärs Schamarin, als der ihm Barjagachen verurteilte, wie der administrativ verbundene, vollberechtigte Bürger den gleichen Demütigungen ausgesetzt ist wie derjenige, der laut Gerichtsbescheid Strafe verbüßt; daß aber im Gegensatz zur Strafe die Verbannung endlos dauern kann. Da sprach Kenan voll Empörung auf: „So ohne Recht mit einem Bürger verfahren. . . Ich ertrage das nicht. Ich werde dort und würde mich erziehen!“ — „Wie viele Menschen, und nicht die Schützlinge, müßten sich dann in Russland erziehen!“ antwortete darauf Schamarin. Es will fast scheinen, als habe dieses Gespräch nicht vor vierzig Jahren stattgefunden, sondern erst gestern.

Amüßig ist eine andre Episode. Breischtschewskaja prägte ihre Leidensgenossen stets mit einem Phantastiker-Amerikaner zu trösten, der eines Tages erpöckelt und sie alle mitnehmen würde. Kurz erschien eines Tages ganz unerwartet ein Boten und erklärte, der Amerikaner sei eingetroffen und wolle sie alle sprechen. Die zufällig versammelten verbannten Frauen brachen in ein lautes Gelächter aus: „Das können wir schon, wir lassen uns nicht erschrecken. Auf's Amerikaner ist endlich eingetroffen.“ Der Boten muß unentwärtig abziehen. Es kostete große Mühe, die Frauen zu beruhigen, jemand hinzuschicken, damit er sich davon überzeuge, daß es sich diesmal um einen leidenschaftigen Amerikaner handle.

Kennan hatte Kenan seine Mission erfüllt, so erlt er nach Amerika, legte da seine erdübenden Erindrungen zuerst in Vorträgen seinen Landsleuten vor und ließ hinterher sein Buch „Sibirien im Druck erscheinen. Die Schrift wurde in alle Kulturstaaten überetzt und wirkte wie eine plötzliche Bombe. Kennan eroberte die Welt, wie es in Wirklichkeit im zaristischen Russland geschah, warum der Kampf geht und wer seine Träger sind. Kennan beschränkte sich jedoch nicht auf die Tat allein. Er gründete die „Verbindung amerikanischer Freunde der russischen Freiheit“.

Die Februarrevolution von 1917 hatte allen Bekannten und Eingeweihten ohne Ausnahme die Freiheit wiedergegeben. Es war wie ein großes Fest. Die Oktoberrevolution von 1917 aber hat eine große Anzahl alter Revolutionäre und Tausende neuer Kämpfer um die russische Freiheit wieder in Kerker und Verbannung gebracht. Und diese neuen Qualen sind noch immer im Steigen begriffen. Man könnte sich jedoch heute, im Gegensatz zur Vergangenheit, nicht denken, daß ein Kennan den Weg in diese Stätten des Martyriums finden würde: Die Treppe ist zu gut auf ihrer Hut, sie versteht ihre Sache noch besser als die ehemalige zaristische Polizei. Wer aber ein Bild von den Schrecken der Verbannung erhalten will, lese Kennans Buch noch. —

Sum deutsches Theater in Kattowitz. Der obereschlesische Reichsdarstellungsrat hat beschlossen, mit der Leitung der deutschen Theatergemeinde in Kattowitz wegen Ueberlassung des Theaters für deutsche Vorstellungen an einigen Wochenenden zu verhandeln. Damit scheint die Gefahr, daß das deutsche Theater in Kattowitz gänzlich polonisiert wird, vorläufig beseitigt zu sein. —

Berliner Messehalle für die Radio-Industrie. Zur Pläne zum Bau einer großen Messehalle für die Radio-Industrie am Kaiserdamm war ein engerer Wettbewerb ausgeschrieben. Zeitgenossen haben Peter Behrens, Kaiser und Ballenstedt, Hans Koeszig, Emil Schaub und Heinrich Straumer. Das Preisgericht hat jetzt seine Entscheidung gefällt, dem Entwurf „Gut Holz“ von Professor Heinrich Straumer den ersten Preis zuerkannt und diesen Künstler den Auftrag zur Ausführung des Baues erteilt. Die 180 Meter lange Halle wird Ende September stehen. Die Bauaufgabe ist auf technisch von Interesse, weil in Rücksicht auf die Radiowirkung alles Eisen bei den Konstruktionen fortbleibt. Der Bau wird in Holz ausgeführt. —

Zusammenkunft rheinischer Bühnen. Das Schauspielhaus Düsseldorf und das städtische Schauspielhaus Köln haben sich zu einer künstlerischen Gemeinschaftsarbeit zusammengeschlossen. Bei voller Wahrung der Selbstständigkeit jeder der beiden Bühnen soll die Gemeinschaft zu einer fruchtbareren Zusammenarbeit bei großen rheinischen Festspielen führen. —

Ein „Volk-Rundfunkhaus“. Als erste Stadt Deutschlands hat München ein „Volk-Rundfunkhaus“ erhalten, das unter Mitwirkung der Deutschen Stunde in Bayern, des Postministeriums und der einschlägigen Industrie im Südpark, dem den „Vergnügen“ gewidmeten Teile des großen Ausstellungs-Rayons auf der Schwabingerhöhe errichtet worden ist, in einem großen Saal, auf dessen Dach eine 12 Meter hohe Antenne errichtet ist. Jezt schrittartig angeordnete Leitungen stellen die Verbindung mit den Vorführungsraum her, von dem aus mit zwei Apparaten die Schär der Kopfhörer bedient wird. 170 Hörer ermöglichen es, der gleichen Anzahl Radiocircumbe gleichzeitig den Genuss des Radiobundes auszufüllen. —

Es wird immer schöner.

Wenn hier und da einmal gegen die Feinde der Republik in den Reihen der Beamten disziplinarisch vorgegangen wird, dann erhebt die Rechte sofort ein großes Geschrei. Wo aber die reaktionären Herrschaften selbst das Heft in der Hand haben, sind sie von einer geradezu grenzenlosen Gehässigkeit.

Der „Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten“ hat gegen drei preussische Schupo-Oberbeamte, die als frühere Armeedivisionen bei einem privaten Regimentsfeier eine Ergebenheitsadresse an den früheren Kaiser unterzeichnet haben, auf Dienstentlassung erkannt. Die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags hat nun eine Große Anfrage eingebracht, die sich gegen das Urteil wendet und vom preussischen Staatsministerium Maßnahmen fordert, um die Befreiungsfreiheit für das preussische Beamtentum sicherzustellen.

Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden. Das preussische Justizministerium arbeitet augenblicklich ein Gutachten aus, das als Grundlage für die Beratung des Staatsministeriums über die ganze Angelegenheit dienen soll. Die Große Anfrage der Deutschnationalen spricht davon, daß es sich bei der Ergebenheitsadresse lediglich um eine private Sache gehandelt habe; das Urteil betont jedoch, daß ein Beamter auch als Privatmann nicht so weit gehen dürfe, wie das die drei Schupo-Oberbeamten mit ihrer Ergebenheitsadresse getan haben.

Ob die Deutschnationalen mit ihrer Anfrage, die doch einen politischen Druck darstellt, den drei Schupo-Oberbeamten einen Dienst erweisen, erscheint fraglich. Aber wie dem auch sein mag, für die Deutschnationalen ist die gefühlvolle Betonung der „Wingstrennen Bestimmung“ eines „republikanischen“ Beamten eine harmlose Privatsache. In Bayern, wo in der Polizei die Deutschnationalen zum größten Teil in der Hand haben, sind die Worte „Gott die Republik!“ auf einem Plakat des Republikanischen Reichsbundes für diese Herrschaften bereits ein unerträgliches Anzeichen. Die Führer der Polizei hat das Anschlag der Plakate erst gestattet, nachdem die Worte „Gott die Republik!“ entfernt waren.

Sinsen sinken nicht.

Das „Deutsche Tageblatt“ wolle ist eine Fundgrube, die täglich auch dem engstirnigsten Völkischen den Unterschied zwischen völkischer Theorie und Praxis zu Gemüte führt.

In der Donnerstagsnummer wird eine Rede, die Graefe auf einer Tagung des Landbundes Mecklenburg-Schwerin gehalten hat, auf der ersten Seite groß aufgemacht unter der Überschrift „Die schaffende Arbeit gegen die internationale Großfinanz“. „Abrecht von Graefe über die Berechnung der Zinsnechterschaft“. Im Text erfährt man, daß der völkische Führer Mecklenburgs den Oboliten-Junkern versichert hat, „daß die Berechnung der Zinsnechterschaft ein Hauptpunkt der völkischen Bewegung ist.“

Auf der letzten Seite desselben Organs findet sich aber ein Inserat der „Deutschnationalen Bank“. In diesem wird groß angekündigt: „Verzinsung: Tägl. Gelder 12 Prozent p. a. — 1mon. Kündigung 15 bis 20 Prozent und darüber nach Vereinbarung.“ Um von der Deutschnationalen Bank diese Zinsen zu erhalten, muß man allerdings „deutsch denkend und deutsch fühlend arischen Stammes“ sein. Um wieviel Prozent wird der Krier von der Deutschnationalen Bank wohl geschöpft werden, wenn er von ihr Geld entleiht? Das verschweigt die Anpreisung leider, unter 30 Prozent ist es bestimmt nicht.

Das Wulle-Blatt und die völkische Bank beweisen damit, daß Zinsen nicht sinken, wenn sie der völkischen Parteipresse zugute kommen. Aber dreimal verflucht sei die Zinsnechterschaft der jüdischen Kapitalistennechte. Diese Wucherer müssen an den Galgen, die andern sorgen für die Erneuerung Deutschlands.

Der Zweck heiligt die Mittel.

Im vorigen Jahre veröffentlichte die „Breslauer Volksmacht“ mehrere Angriffe gegen den Reichswehrminister wegen Beziehungen zwischen schlesischen Reichswehrstellen und privaten bewaffneten Organisationen, die vom Reichswehrministerium oberflächlich abgelehnt wurden.

Vergebens verlangte unser Parteiblatt damals wiederholt, der Reichswehrminister möge Beleidigungsklage erheben, damit die Behauptungen vor Gericht bewiesen werden könnten. Das Reichswehrministerium schweig sich aus. Jetzt, nach über einem Jahre, wird endlich ein Strafverfahren gegen die „Volksmacht“ eröffnet, nachdem in der Zwischenzeit die Möglichkeiten eines Wahrheitsbeweises für die vorjährigen Vorgänge natürlich geringer geworden sind.

Aber auch jetzt noch scheint man diesen Wahrheitsbeweis zu fürchten, denn es ist nur ein einziger Satz aus einem Artikel unseres Parteiblattes unter Anklage gestellt worden, der eine formale Beleidigung des Reichswehrministers enthält. Es besteht somit die Gefahr, daß ein Wahrheitsbeweis von dem Gericht überhaupt nicht zugelassen wird, und das eben scheint der „Zweck der Uebung“ zu sein.

Radiodienst der Volkstimme.

Räumung des Ruhrgebiets.

12. London, 21. Juli. In politischen Kreisen Londons verlautet, daß sich die Hauptbelegierten während ihres Aufenthalts in Chequers dahin geeinigt haben, die Räumung des Ruhrgebiets in der Zeit vom 15. September bis 30. Oktober vorzunehmen.

Der Mörder des Sozialdemokraten.

12. London, 21. Juli. Blättermeldungen besagen, daß der eigentliche Mörder Matteotti in Montebello angekommen sei. Ein Berichterstatter des „Evening Telegraph“ will mit dem Mörder persönlich gesprochen haben, der die Tat eingestanden haben soll.

Kommunistische Geheimtätigkeit.

12. Essen, 21. Juli. In Essen fand am 8. Juli eine geheime Sitzung der militärischen Leiter der kommunistischen Partei, Unterbezirk Essen, statt.

Der Vertreter der Zentrale berichtete im Verlauf der Verhandlungen: Der bisherige Verkauf von Waffen ist eingestellt worden, da die Mittel dazu nicht mehr vorhanden sind. Das Exekutivkomitee und die russische Partei können die erforderlichen Mittel nicht mehr zur Verfügung stellen. Deshalb heißt es zur Selbsthilfe greifen und die Waffen dort zu

holen, wo sie zu haben sind. Jeder rote Soldat hat sich eine Waffe zu besorgen; denn das Schießrohr gehört zu jedem Kommunisten.

Die Partei wird auch in finanzieller Beziehung den nötigen Rüstzeug sich anlegen müssen. Wir müssen sie heranschaffen, ganz gleich woher. Genossen, es heißt jetzt in aller Eile an die Durchführung dieser Anweisungen zu gehen, um die Partei schlagfertig zu machen und dem drohenden Angriff der Bourgeoisie zu begegnen.

Die beste militärische Organisation der Partei ist die des Ruhrgebiets, welche in der letzten Zeit bewiesen hat, daß sie praktische Arbeit leistet. In kurzer Zeit wird das Verbot der Partei erfolgen, deshalb ist diese Arbeit sofort in die Praxis umzusetzen. Jeder Genosse muß betraut sein, ein roter Offizier und Führer zu werden, um bei Ausbruch des Kampfes fähig zu sein, die aufstrebenden Massen zu führen. Außer Parteigenossen dürfen im Apparat keine nur sympathisierenden Personen aufgenommen werden.

Zum militärischen Apparat gehört auch ein guter Nachrichtendienst, auf den ganz besonderer Wert zu legen ist. Allen diesen Aufgaben wird die militärische Zentrale die größte Aufmerksamkeit widmen und jede Nachlässigkeit bekämpfen.

Der Stachel in der Haut.

Genosse Emil Vanderveelde schreibt in einem Artikel über die Bedeutung der Räumung des Ruhrgebiets für die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens, daß die Aufrechterhaltung der Besetzung des Ruhrgebiets ein sehr gefährliches Hindernis für die Mobilisation der deutschen Schuld sei. Er fährt dann fort:

Die Verlängerung der militärischen Okkupation über die Zeit der wirtschaftlichen Besetzung des Ruhrgebiets hinaus heißt in der Haut Deutschlands einen Stachel zurücklassen, der ein Herz der Entzündung und der Infektion sein muß. Das wäre die Verlängerung des Zustandes der Unruhe und Unsicherheit, der schon so viel Ansehens verlohren hat, auf lange Monate hinaus. Das würde die Rückkehr des Vertrauens hindern, das die Sachverständigen mit Recht als unerlässlich für den Erfolg ihres Planes bezeichnen. Auf der Konferenz der beiden Internationalen am 14. Juli, wo zum erstenmal der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Internationale gemeinsam berieten, haben wir einstimmig die militärische Räumung des Ruhrgebiets gefordert, und zwar zur gleichen Zeit und unter den gleichen Bedingungen wie die wirtschaftliche Räumung.

Der Präsident der internationalen Konferenz in London, Ramsay MacDonald, der einst Sekretär der sozialistischen Internationale war, wird hoffentlich seinen großen anerkannten Einfluß geltend machen können, daß die beteiligten Regierungen der Räumung des Ruhrgebiets von sich aus zustimmen und daß die Räumung nicht erst unter dem offenen Druck der Großfinanz erfolgt.

Schredensurteile in einem Kommunistenprozeß.

In Königsberg standen eine Reihe Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof unter der Anklage, daß sie die gegenwärtige Regierung haben stürzen und eine Arbeiterregierung nach Sowjetmuster haben errichten wollen. Spätestens September 1923 wollten die R. P. D. ihre Ziele verwirklichen. Aufschreie von rechts, von denen man sprach, und die man in Kürze erwartete, wollten die Angeklagten als Anlaß benutzen.

Dieser Tatbestand nahm das Gericht als erwiesen an, und der Senatspräsident beim Reichsgericht Viedner als Vorsitzender des Staatsgerichtshof verurteilte folgendes Urteil: Delvendahl 7 Jahre Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe; Kälcher 6 Jahre Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe; Sepel 5 Jahre Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe; Baumann 4 Jahre Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe; Raedich 6 Jahre 2 Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe; Warmel 2 Jahre Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe; Lorenz, Limburg, Voltes und Hofmann je 1½ Jahre Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe; Raski 2 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Den übrigen Verurteilten wurde die Untersuchungshaft entsprechend angerechnet. Das Urteil entspricht im wesentlichen den Anträgen des Staatsanwalts.

Zur Begründung wurde ausgeführt: Seit September 1923 war die R. P. D. illegal und daher in dieser Zeit staatsfeindlich. Jedes Mitglied der R. P. D. kannte dieses Ziel der R. P. D. und mußte demnach gewärtig sein, nach § 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik bestraft zu werden. Das Ziel war von der Zentrale der R. P. D. ausgegeben, nicht nur auf einzelne Teile Deutschlands beschränkt. Gerade die gegenwärtigen Verhandlungen ergaben, daß dieses Ziel auch in Ostpreußen verwirklicht werden sollte. Die Hauptangeklagten mußten auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik mit Zuchthaus bestraft werden, obwohl der Staatsgerichtshof zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß die Verurteilten nicht in ehrloser Gesinnung gehandelt haben.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die in Königsberg Verurteilten sich gegen das Gesetz zum Schutze der Republik vergangen haben. Aber das geschah nicht aus ehrloser Gesinnung heraus, wie das Gericht selbst festgestellt hat.

Wir glauben deshalb der Hoffnung Ausdruck geben zu sollen, daß der Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch macht und die Zuchthausstrafen mit der Aussicht auf gänzliche Aufhebung bei guter Führung in Gefängnisstrafen umwandelt.

Notizen.

Die Kämpfe in Bülberg. Die Gerichtsverhandlung gegen die an den Kämpfen in Bülberg bei Halle gegen die Schupo teilgenommenen Arbeiter anlässlich des „Deutschen Tages“ in Halle endete mit folgenden Urteilen: Weismann 6 Monate Gefängnis und 20 Mk. Geldstrafe, Zimmermann 100 Mk. Geldstrafe, Seibold 6 Monate Gefängnis, Meier 6 Monate Gefängnis, Elrich 7 Monate Gefängnis, Berndt 6 Monate Gefängnis, Willemann 6 Monate Gefängnis, Meier 6 Monate Gefängnis, Morgenstern 100 Mk. Geldstrafe, Müller 1 Jahr Gefängnis, Schöber 8 Monate Gefängnis, Jahr 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Kunze 7 Monate Gefängnis. Schulz und Heber wurden freigesprochen.

Depechen.

Der Schlafstich im Falle Reigner.

12. Dresden, 21. Juli. Nach einem Beschluß des Gesamtministeriums ist auf Grund des rechtskräftig gewordenen Gerichtsurteils gegen den früheren Ministerpräsidenten Dr. Reigner dem Antrag auf Einleitung eines Verfahrens vor dem Disziplinargericht gegen Reigner stattgegeben worden. Ferner beschloß das Gesamtministerium, daß den früheren Ministern Wötcher, Heider und Reigner nach dem Wunsch des Landtagsausschusses zur Untersuchung der Amtsführung des früheren kommunistischen Ministers Wötcher die Genehmigung zur Aussage vor dem Ausschuss erteilt wird.

Von der Londoner Konferenz.

12. Paris, 21. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Quotidien“ in London glaubt versprechen zu können, daß am Donnerstag die Konferenz vor endgültige Resultate gestellt sein wird. Es bleibt dann noch übrig, die richtige Formel für das vorgesehene Protokoll zu finden und die Vertreter der deutschen Regierung nach London zu berufen.

12. Paris, 21. Juli. Wie der Sonderberichterstatter des „Matin“ in London meldet, treten die Delegierten heute vormittag um 10.30 Uhr zu einer offiziellen Sitzung zusammen. Eine Reihe sehr wichtiger Fragen, wie zum Beispiel die, wann die deutschen Delegierten nach London berufen werden sollen, stehen zur Besprechung. Dem Berichterstatter zufolge ist es wahrscheinlich, daß die Delegierten beschließen werden, die Konferenz heute nachmittag zu einer Vollversammlung einzuberufen, um in deren Verlauf die Beschlüsse der ersten und der dritten Kommission (die letztere hat neue Instruktionen verlangt) zu prüfen.

Die Londoner Konferenz.

12. Paris, 21. Juli. Ueber die Arbeiten des am Sonntag eingeleiteten Unterausschusses der zweiten Kommission (Freigabe der Pfänder) meldet der „Quotidien“: Die erste Annuität des Sachverständigenberichts soll nicht mehr mit dem Augenblick beginnen, in dem der Plan zur Ausführung gebracht worden ist, sondern sobald die deutschen Gesetze verkündigt worden seien. Der Unterausschuss wird darauf bestehen, daß die Reparationskommission die von ihm andeutungsweise genannten Zeitpunkte als endgültig festlegen und so wenig wie möglich hinausgeschoben werde. In 2 Monaten könnte dann, wie man annimmt, alles geregelt sein. Auf diese Weise dürfte es dann zu keinen besonderen Schwierigkeiten kommen und im Oktober dürfte dann die deutsche Steuer- und Wirtschaftseinheit wiederhergestellt sein. Übrigbleibt dann nur noch die Eisenbahnfrage, die gestern noch nicht behandelt worden ist. Sie wird wahrscheinlich gegen Schluß der Konferenz geregelt werden.

12. London, 21. Juli. Die nächste Plenarsitzung der internationalen Konferenz wird, wie Reuters meldet, erst morgen stattfinden.

Einjährige Dienstzeit in Frankreich.

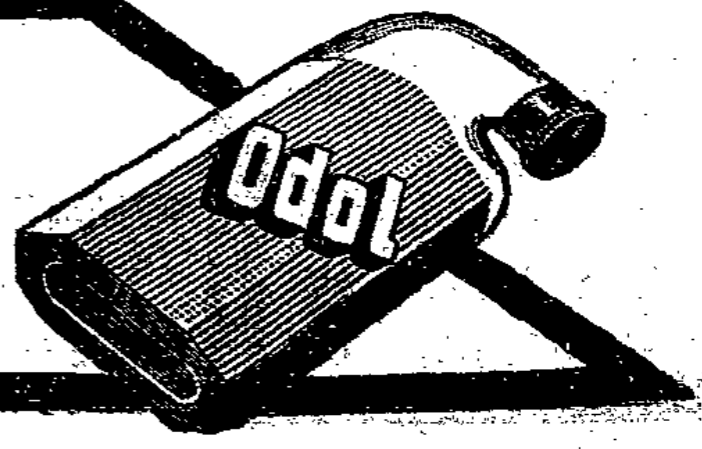
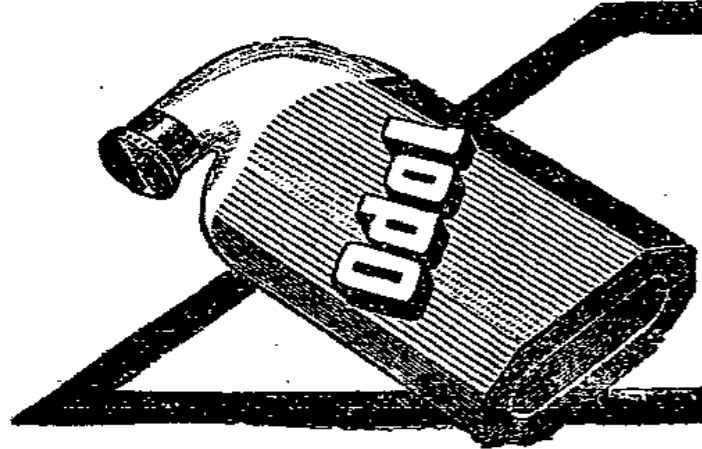
12. Paris, 21. Juli. Der sozialistische Abgeordnete Renaudel hielt gestern in Brignoles eine Rede, in der er unter anderem erklärte, daß beim Wiederaufbau der Kammer im Oktober die 18monatige Dienstzeit beibehalten und durch die einjährige ersetzt werde.

Eine Störkfabrik niedergebrannt.

12. Magdeburg, 21. Juli. In der Nacht zum Montag gegen 2 Uhr ist die Störkfabrik Zerchand in Wöckern, Kreis Jerichow 1, durch Großfeuer vollständig zerstört worden.

Ein Kinderarzt schreibt: „Um alle Schädlichkeiten aus dem Munde fernzuhalten und möglichst gleichzeitig antiseptisch einwirken zu können, genügt das Bürsten mit reinem Wasser nicht, sondern es bedarf des Zusatzes eines Mundwassers, das vor allem ungiftig und doch keimtötend wirkt, dabei aber, was für Kinder von großer Bedeutung ist, auch gut schmeckt. Diesen Anforderungen genügt im vollsten Maße das Odol, das sowohl morgens wie ganz besonders abends dem Wasser zugesetzt werden soll.“

„Aus „Prakt. Wissen, Ernährung, Pflege d. Kinder i. gesunden u. kranken Tagen“ v. Dr. F. Theodor, Königsberg.“



4

ganz besonders vorteilhafte

Blusen!

Wir bitten um gefl. Besichtigung unserer Schaufenster - Auslagen!

Bluse
aus weißem Vollvoile, mit Jabot und langem Arm
3 90
Rentenmark

Bluse
aus bestem weißem Schweizer Vollvoile, mit Revers und Jabot
5 90
Rentenmark

Bluse
aus farbigem und weißem Vollvoile, entzückende Neuheiten
7 90
Rentenmark

Bluse
aus weißem und farbigem Vollvoile, mit Jabot, Jumperform, in eleg. Ausf.
9 90
Rentenmark

Verkauf soweit Vorrat!

Wir hatten Gelegenheit, durch persönlichen Einkauf bei den ersten Fabrikanten große Posten

Blusen

der Zeit entsprechend sehr günstig einzukaufen, und stellen diese zu nebenstehenden billigen Preisen zum Verkauf.

Mengenabgabe vorbehalten.

Lange & Münzner

Breiteweg 51/52.

Kammer-Lichtspiele

Direktion: F. Haberland.



MANN GEGEN WEIB

Eine Ehe Tragödie in 3 Akten.

In diesem wichtigen Drama gibt es ein Ereignis, das heißt: Dina Reichelt. Diese wunderbare Frau mit den abgerundeteren Augen verkörpert das milde, gegebte Weib, das sich unter den Verführerischen eines araufamen Schiffs als löst. Dieser Film, dem der gleichnamige Roman von Robert Buchanan zugrunde liegt, bedeutet eine der imposantesten Werte, mit denen uns die ausländische Produktion während dieser Saison bedachte.

Der Weltmeisterschafts-Boxkampf Dempsey - Firpo
Der erbitterteste und schnellste Kampf, den je zwei Schweregewichte führten. 90000 Zuschauer. Trainingsaufnahmen. Der Kampf. Der tödliche Schlag. Zeitungsansammlungen.

Er braucht Ruhe

Amerikanische Groteske.

Die neueste Deulig-Woche.

Beginn: Werktag 4 Uhr - Sonntag 3 Uhr.

Wollen Sie Ihr Herz erklingen hören, wie in vergangenen Tagen?
Wollen Sie Ihre Nerven einmalm stärker befehlen als je vorher?
Wollen Sie einen herrlichen Abend verbringen?
Dann besichtigen Sie den neuen Großfilm

Die Märtyrerin

mit **MARY CARR**

der weltbekannt. Darstellerin aus „Mutter“
Außerdem zeigen wir:

Tom Mix

der verwegene Reiter und Autoführer Amerikas in dem fabelhaften Film

Der Herr der Steppe

eine Schilderung echiester Wild-West-Romantik aus dem Leben der Cowboys in 6 fabelhaft aufgenommenen Akten.

Bis einschließlich Donnerstag
Sonntags 1/3 Uhr
Wochent. 1/5 Uhr



Gute Bücher

empfeht die Buchhandlung Volksstimme

Städtische Theater
Viktoria-Theater
Dienstag den 22. Juli: Lustspielabend
Menagerie

Die Leistungen von Kurt Göb.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Große Ferien-Dampferfahrten
Mittwoch 23. Juli u. Donnerstag 24. Juli
Grünwalde
Lokal Branner Hirsch.
Daselbst: Tanzkränzchen und Kinderbelustigungen
Einjährt vorm. 10 Uhr, nachm. 2 Uhr
Rückfahrt vorm. 11.30, nachm. 8 Uhr.
Fahrpreis hin und zurück Erwachsene 1.25 Mk., Kinder 50 Pf.

Freitag den 25. Juli nach Tangermünde
Musik an Bord.
Einjährt vorm. 7.00 Uhr, Rückfahrt gegen 5 Uhr nachm. - Fahrpreis hin und zurück Erwachsene 2.25 Mk., Kinder 1.25 Mk.
Abfahrten über Tangermünde
Stahlberg Saabstr. 38
Telephon 1251. 1129

Für Pilzsucher
ist ein Nachschlagewerk mit Abbildungen der selteneren Pilze eine wertvolle Hilfe.
Wir empfehlen:
Vergl.: **Die wichtigsten Pilze**
4 Farbtafeln mit 16 Abbildungen
- 50 Pfennig. -
Weber:
Fachratgeber zur Bestimmung der Pilze
25 naturgetreue Abbildungen scharf und glatter Pilze mit Beschreibung
- 1.50 Mark. -
Buchhandlung Volksstimme,
Magdeburg, Georg Meißnerstr. 3.

August Bebel
der Mann und sein Werk
von Franz Köhler.
In diesem Buche wird ein Stück sozialistischer Geschichte und ein Abbild des Deutschlands von 1860 bis 1913 gegeben.
Halbleinpreis 4.40 Mark.
- Geschmackvolle Ausstattung. -
Buchhandlung Volksstimme

Panorama
Direktion F. Haberland.
Lya Mara
in ihrem besten Film
Die Tochter Napoleons
Reine trockne Historie oder Kriegsgeschichte, sondern interessante Vorgebeiten aus dem Leben des großen Franzosenkämpfers. Das Drama hat die Dichtung. Ihre eigene Erzählung, ihr unverwundliches Spiel und ihr beständiges Einverständnis bei jeder Wendung des Schicksals.
Karin Molander in Verlobungsschmerzen
6 Jahre feiner, süßen Schönen Samart y von ihrem Schicksal geteilt als Schwermut. Großartig dargestellt von Karin Molander.
Beginn wochent. 5, Sonntag 3 Uhr.

Die von der Frau Schiller, Fichtestraße 37, erkannte Frau mit beher Schürze u. Korb, welche Sonntagabend mittag 4/12 vor dem Garten Fichtestraße 37 den 50-Billionen-Schein aufgenommen und befestigt hat, wird aufgefordert, denselben Fichtestraße 38, I. bei Plattner gegen guten Finderlohn abzugeben, worigenfalls Anzeige erstattet wird. 955

Der Deutsche Reichstag
ein Nachschlagewerk für jeden politisch Interessierten.
Preis 1 Mk.
Buchhandlung Volksstimme.

Am 25. Juli 1924 von 10 Uhr vormittags an findet in unserm Fundbüro hier - Offiziell des Hauptstadts - öffentliche Versteigerung v. Faubjachen statt.
Reichsbahn-Direktion Magdeburg.

Parkrestaurant
Vogelgesang
Herrlicher Rosen- und Dahlienflor.
Sente Dienstag, den 22. Juli, nachmittags 4 Uhr
Erstes großes Serien-Kinderfest
Beim Eintritt der Dunkelheit
Grosser Fackelzug
Eintritt: Erwachsene 40 Pfennig, ein Kind frei, jedes weitere 20 Pfennig.

Grammophon-Reparaturen
Müller, Apfelstraße 6.
Tel. Nebenzahl. 6146.
Kompl. Rüche, i. stabil, billig zu verk. Zimmermann, Moritzstraße 7.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Dienstag den 22. Juli, abends 6 1/2 Uhr, bei Lichtfeld, Knochenhauerufer 28
Vertrauensmänner - Sitzung.
Tagesordnung:
1. Bericht von den Verhandlungen vor dem Schlichter. 2. Verschiedenes.
Die Verwaltung.

Zirkus-Lichtspiele
Direktion F. Haberland.
Ein Weltstadt-Programm!
Lya de Putti
in
Thamar
Das Kind der Berge.
Ein Abenteuerfilm aus dem herrlichen Gebirgsland, voll Feuer und Liebe. In der Rolle Thamar, die Prinzessin, das unabhängige Kammermädchen, welches in ihrer Liebe, nutzlos in ihrem Tod. In ihre Person gruppiert sich die fache, effektvolle Handlung, deren männliche Hauptrollen von den beiden der Theaterbühnen, ein bedauerlicher Gemütskur, und der österreichische Sängerin Frau Bessy sind: ein Mann, welcher die weibliche Persönlichkeit und unwiderstehlicher Leidenschaft. Die rolle der de Putti verkörpert die Schönheit, den Mut und einen Vorkämpfer die beiden unsterblichen Gegenpartnern. Die Rolle führt Robert Dineke.
Tollkühne Jagden
Streitkräfte in Gemächten.
Ein Szenarium für sich. Erfolgreiche einer sensationellen Expedition von Nationaltruppen. 2. e. Jagden auf Elefanten, Tiger, Löwe, Schakale, Bergschaffel, Karakum, Krotz, Kattapen, Schaffel.
Fatty in Unterhosen
Beginnt Werktag 6, Sonn. 3 Uhr.

Hofjäger
im schönen Garten mit Riesenerfolg vom Publikum besucht. Jeden Abend von 7 1/2 Uhr an Max Kießigs weltberühmtes großes
Kino mit Varieté und Künstler-Konzert.
Das gewaltige Drama
Die Geheimnisse von Berlin!
in 4 Abteilungen, 21 Arienalten, muß jeder sehen. Eintritt nur 50 Pf. im
Hofjäger-Garten.

Die Präsidentschaftskandidaten.

Der Aufmarsch der amerikanischen Parteien zur Präsidentschaftswahl ist nun vollzogen. Die Republikaner, die die eigentlichen Vertreter des Petroliumpitals sind und die Partei der schärfsten sozialen Reaktion bilden, ziehen mit Calvin Coolidge in den Wahlkampf. Sinter Coolidge steht als bestimmte Macht das Haus Rockefeller, die Standard Oil Company und alle Kapitalmächte, die mit ihr irgendwie verbunden sind.

Der demokratische Konvent hat ein merkwürdiges Schauspiel: 18 Tage hindurch kämpften hier um die Nomination Mac Adoo und Alfred Smith. Hundertdrei Abstimmungen wurden vorgenommen, obwohl es den Memern der Verhältnisse nicht unklar war, daß weder Mac noch M, wie sie in der amerikanischen Presse genannt werden, das Rennen gewinnen werden.

Der demokratische Konvent bestand aus 1098 Delegierten, und nach dem alten Brauche der Demokraten ist zur Nomination eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Smith hatte mehr als ein Drittel, Mac Adoo mehr als die Hälfte der Delegierten. Die Gegnerschaft, der Wettbewerb zwischen diesen beiden nicht gewöhnlichen Persönlichkeiten und zwischen ihrer Gefolgschaft war so groß, daß keiner zugunsten des andern zurücktreten wollte. Jede Partei war und blieb zum Ende so stark, daß sie die Wahl des andern Kandidaten verhindern konnte, keine aber genügend stark, um den eignen Kandidaten durchzusetzen.

Es war also vorweg unvermeidlich, daß ein „dunkles Pferd“ das Ziel erreichen würde. Das geschah denn auch. Der demokratische Konvent erwählte am achtzehnten Wahltage den gewesenen Volschaffter der Vereinigten Staaten in London, Davis, als „dunkles Pferd“ zum Kandidaten. Davis ist seinem Beruf nach Rechtsanwalt und war der Rechtsbeistand des großen Bankhauses Morgan u. Komp. Er war früher Mitglied des Repräsentantenhauses aus Westvirginien, also aus einem Staate, wo die blutigsten und grauamsten Kämpfe zwischen Kapital und Bergarbeitern geschlagen wurden, und wo die aus zumeist osteuropäischen Einwanderern bestehenden Bergarbeiter das harte Joch des Grubenkapitals tragen müssen. Unter der Administration Wilsons war er Solicitor general, also etwa Generalsstaatsanwalt, und leistete in der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter unter den Kriegsgesetzen sogar in Amerika Besondere. Der Kampf zwischen Davis und Coolidge ist also der offene Kampf zwischen Rockefeller und Morgan, zwischen Industriekapital und Hochfinanz. International hat er enge Verbindungen mit der französischen Hochfinanz: das Haus Morgan brachte den Frankfurter zum Stillstand.

Diese Wahl des demokratischen Konvents hat die Aussichten Lafollettes außerordentlich verbessert. Es wird nun klar, daß die beiden großen Parteien die eine reaktionäre Masse darstellen, und es werden sich nun alle, denen der Fortschritt, sogar ein sehr mäßiger, am Herzen liegt, alle, die den Weltstaat aus der Umarmung der Industrie- und Finanzmächte befreien wollen, um die Perjon Lafollettes scharen. Der Konvent für die „fortschrittliche politische Aktion“ hat Lafollette die Kandidatur angeboten. Lafollette nahm die Nomination an. Am folgenden Tage versammelten sich in Cleveland der Konvent der sozialistischen Partei und beschloß, keinen selbständigen Kandidaten aufzustellen, sondern mit aller Macht die Kandidatur Lafollettes zu unterstützen.

So ist eine Front entstanden: auf der einen Seite, unter der Führung der Beauftragten der Morgan und Rockefeller, die Demokraten und Republikaner, auf der andern Seite der Barrikade alle demokratischen und proletarisch selbstbewußten Kräfte. Angesichts dieser Kandidatur der Demokraten wird es sogar Samuel Gompers sehr schwer werden, die American Federation of Labour in der Gefolgschaft der beiden historischen Parteien zu behalten: die wirklich unabhängigen und selbstbewußten Elemente der Arbeitererschaft haben sich schon früher der fortschrittlichen Aktion angeschlossen.

Theodor Roosevelt hatte schon im Jahre 1912 eine selbständige fortschrittliche Kandidatur aufgestellt, er konnte aber gegen Wilson und Taft damals nicht aufkommen. Es wird vielfach darauf verwiesen, daß die Aussichten Lafollettes kaum besser sind, als die Roosevelts waren. Diese Auffassung zieht aber eine Reihe von Umständen nicht in Betracht, die damals gegen, diesmal aber für eine dritte selbständige Kandidatur sprechen. Roosevelt kämpfte nicht nur gegen die beiden großen Parteien, sondern auch gegen die Arbeitererschaft. Damals gab es noch keine selbständige Farmerbewegung, die heute eine Reihe von Staaten in der Hand haben. Roosevelt führte seinen Kampf im Jahre der wirtschaftlichen Prosperität, während jetzt in den Weststaaten die Farmer bankrott sind und bis November, wenn die Wahl der Elektoren stattfindet, eine große Anzahl von Industrien in den Distrikten stillgelegt werden. Roosevelt konnte sich auf keine organisierte Macht stützen; Lafollettes Sache wird nicht nur von der „Machdine“ der fortschrittlichen Aktion, sondern auch von den Bauern, von den Industrie- und vor allem von den Eisenbahnarbeitern unterstützt werden. Im Jahre 1912 traten die Deutschen für die Republikaner, die Freie für die Demokraten ein, und die beiden Nationen sind ein sehr bedeutender Teil der Wähler überhaupt und überdies gut organisiert. Die Deutschen werden in diesem Jahre für Lafollette, den Kriegsfeind, stimmen, und nachdem die Demokraten den Kandidaten der Freie, den Gouverneur Smith, fallen lassen, ist ihre Haltung unbestimmt.

Wenn man all dies in Betracht zieht, scheint es wahrscheinlich, daß Lafollettes Gefolgschaft wenigstens so viel Macht anbieter wird, daß sie sowohl die Wahl des demokratischen als auch des republikanischen Kandidaten verhindern kann. In diesem Falle fällt die Entscheidung dem

Haufe der Repräsentanten zu, das aber auch kaum die zur Wahl notwendige Mehrheit aufbringen wird. Der folgende Schritt wäre dann, daß dem Senat die Wahl eines Vizepräsidenten übertragen wird, der dadurch automatisch der Präsident wird. In diesem für die Kandidatur Lafollettes ungünstigen Falle wird die Gruppe Lafollettes das Jünglein an der Wage bilden und einen entscheidenden Einfluß auf die Wahl des Staatsoberhauptes ausüben.

Jedenfalls wird aber der kommende Wahlkampf die größten bisher überhaupt dagewesenen Möglichkeiten bieten, große volkstümliche Kräfte gegen die Finanz- und Industrieoligarchie zu mobilisieren. Wird sich in England und in Frankreich bis zur eigentlichen Wahl die Linkregierung behaupten können, dann kann eine Schwelung von wirklich weltgeschichtlicher Bedeutung auch in den Vereinigten Staaten und damit in der ganzen Welt eintreten. —

Ein Glendsbarometer.

Einen recht interessanten Einblick in die Wirkungen der Inflationskrisis gestattet der Geschäftsbericht des Verbandes der deutschen Buchdrucker für das Jahr 1923. Der Zusammenhang zwischen den Zuckungen der Papiermark und der Verunsicherung der Buchdrucker geht am besten aus der Entwicklung der Spitzenlöhne hervor. Sie betragen:

Table with 2 columns: Date and Amount. Rows include: Anfang 1923 wöchentlich (18 000 Mark), Ende März 1923 (71 250 Mark), Ende Juni 1923 (336 000 Mark), Ende August 1923 (52 020 000 Mark), Ende Oktober 1923 (240 000 000 Mark), Ende Dezember 1923 rund (27 000 000 000 000 Mark).

Mit jeder Null in obigen Zahlen ist das Glend der minderbemittelten Bevölkerung Deutschlands gestiegen, so daß sie ein eintunadriges Glendsbarometer abgeben. Ebenso der Vermögenszuwachs des Buchdruckerverbandes. Im Vermögen war in den einzelnen Jahresabschnitten vorhanden am

Table with 2 columns: Date and Amount. Rows include: 31. Dezember 1922 (45 088 340,52 Bm. = 25 764,76 Gm.), 31. März 1923 (100 486 870,75 Bm. = 20 151,52 Gm.), 30. Juni 1923 (254 753 026,55 Bm. = 6 925,54 Gm.), 30. September 1923 (77 352 364 389 Bm. = 2 080,50 Gm.), 31. Dezember 1923 (41 443 410 000 000 000 Bm. = 41 446,41 Gm.).

Am 30. September war der größte Tiefstand zu verzeichnen. Es war die Zeit, als Deutschland im Glend zu ersticken drohte. Dann kam die Marktstabilisierung und schaffte etwas Erleichterung. Wir sehen das Verbandsvermögen von 2030,50 Goldmark auf 41 446,41 Goldmark hinaufschmelzen. Es zerfloß nicht mehr in den Händen der Käufer. Auch den Arbeitern, besonders den Hausfrauen, brachte die Marktstabilisierung wenigstens den Vorteil, daß der Flucht vor der Papiermark, daß dem wilden Regen nach Waren ein Ende bereitet wurde. Man denkt mit Grauen daran zurück, wenn man die durchlaufene Glendsbahn noch einmal in Zahlen vor sich sieht. —

Uebergeschnappte Nationalisten.

In der Mittwochssitzung des Thüringischen Landtags unternahm der völkische Abg. Dr. Dinter einen neuen Vorstoß gegen den Thüringischen Staatsbankpräsidenten Loeb, dessen Wirken ihm viel Sorgen bereitet. Dinter fragte die Regierung, ob es zutrefte, daß Loeb infolge seiner guten Beziehungen zu international orientierten Banken Millionenkredite für Thüringen aus dem Ausland beschafft habe und welche Aktionen Loeb sonst unternähme. Die Regierung hat diese Anfrage noch nicht beantwortet. Sie dürfte sich hüten, dem Treiben der Völkischen auf dem Gebiet der Präsidenten Loeb nachzugehen, da Industrie und Handel Thüringens die Tätigkeit Loeb's zur Beschaffung und Verteilung von Krediten allgemein anerkennen.

Der weitere Verlauf der Sitzung war durch die Beipredung der kommunistischen Interpellation über die Stellungnahme der Thüringischen Regierung zum Sachverständigen-Gutachten ausgefüllt. Die Kommunisten erklärten, gegen das Verhalten der Regierung bei der Ministerkonferenz in Berlin protestieren zu müssen, weil die Regierung sich nicht gegen das Gutachten ausgesprochen hätte. Die Regierung erklärte, daß eine Stellungnahme der Regierung noch gar nicht erfolgt sei. Sie werde sich erst schlüssig werden, wenn die zur Ausführung des Gutachtens von der Reichsregierung auszuarbeitenden Gesetzentwürfe dem Reichsrat und Reichstag vorgelegt würden.

Im übrigen enthielt die Regierungserklärung nur Redensarten. Darüber freute sich Dinter, der einen „völkischen Zug“ in den Worten der Regierung zu erblicken glaubte und der Regierung daher sein vollstes Vertrauen schenkte. Im übrigen beschimpfte er die Mitglieder der Reichsregierung als Hoch- und Volksverräter, weil sie angeblich die Folgen der Annahme des Gutachtens mit Absicht verheimlichen.

Von allen Parteien des Hauses nahm nur die Sozialdemokratie eine feste Stellung ein. Sie ließ durch den Genossen Gernann folgendes erklären:

Die Einstellung der Sozialdemokratie zum Sachverständigen-Gutachten dürfen wir als allgemein bekannt voraussetzen. Wir sind überzeugt, daß die Folgen des unglückseligen Krieges nur durch das Zusammenwirken der Völker, in erster Linie der europäischen, behoben werden können. Als Sozialdemokraten betrachten wir es als unsere moralische Pflicht gegenüber dem deutschen Volke unser Teil zur Lösung beizutragen. Wir sind uns keinen Augenblick im Zweifel, daß die Durchführung des Gutachtens dem deutschen Volke sehr schwere Lasten auferlegen wird, deren Verteilung in sozial gerechter Weise durch den Reichstag erfolgen muß.

Die Gegner des Gutachtens haben bisher einen brauchbaren und durchführbaren Vorschlag nicht machen können; sie sagen uns nicht, wie die Aufrechterhaltung der Wirtschaft und Währung ermöglicht, die Kreditbedürftigkeit der Industrie und Landwirtschaft befriedigt, wie die Rückkehr der Gefangenen, die

Erhaltung der besetzten Gebiete beim Reiche ermöglicht und schließlich die Einheit des Reiches gewahrt werden soll.

Es wäre auch der Sozialdemokratie lieber, wenn man dem deutschen Volke diese Lasten nicht aufzuerlegen brauchte. Schuld daran ist allein der Krieg und die Verantwortung dafür tragen die damals Herrschenden. In der Annahme des Gutachtens sehen wir zurzeit die einzige Möglichkeit, dem deutschen Volke weitere und schwerere Bürden zu ersparen. Wir sehen darin auch weiter die ersten Voraussetzungen, bessere Beziehungen zu allen europäischen Völkern zu erlangen. Wir fordern deshalb von der thüringischen Regierung, daß sie die Reichsregierung bei ihrem Bestreben, das Gutachten durchzuführen, mit aller Kraft unterstützt. Wir dürfen erwarten, daß die thüringische Regierung sich in ihrer Entscheidung nicht von übergeordneten nationalen politischen Präjudizien beeinflussen läßt.

Die Völkischen, der Landbund, die Deutsche Nationalen und die Deutsche Volkspartei einigten sich auf eine Entschliebung, in der es u. a. heißt:

Wir fordern, daß die Reichsregierung, ehe sie sich überhaupt in weitere Erörterungen über das Dawes-Gutachten mit dem Feindbünd einläßt, von dem Feindbünd verlangt:

- 1. Aufzählung der Schuldfrage; 2. sofortige Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete, Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit und Verwaltungshoheit Deutschlands; 3. Aufhebung aller von den Besatzungsmächten gegenüber Deutschen ausgesprochenen Strafen und Maßregeln, sofortige Freisetzung aller gefangenen Deutschen; 4. bedingungslose Rückkehr aller Ausgewiesenen und restlose Wiedergutmachung aller ihnen zugefügten Schäden; 5. Anerkennung Deutschlands als gleichberechtigter Verhandlungspartner bei allen Verhandlungen.

Ferner fordern sie, daß die Reichsregierung die Aufklärung über die Schuldfrage und die unser Volk heimlich bedrohenden Bedingungen des Dawes-Gutachtens im In- und Ausland auf das energischste betreibt und der von ihr bereits in umfassender Weise zustandenen und das deutsche Volk auf das tiefste entristenden Militärkontrolle ein kurzfristiges Ziel setzt.

Diese Entschliebung wurde von der Mehrheit angenommen. —

Hungersnot in Rußland.

In Rußland steht die Ernte vor der Tür. Nach wie vor herrscht eine jengende Glut, wie sie Rußland seit 35 Jahren nicht gekannt hat. Sie erreicht mitunter 60 Grad Celsius. Am schlimmsten ist das von Deutschen stark besiedelte Wolgagebiet betroffen. Die Roggenanbaufläche ist dort zu 75 Prozent verjengt, das vierte Hungersjahr kündigt sich an.

Obwohl auf Anordnung der zentralen statistischen Verwaltung die Lokalbehörden alle 10 Tage Berichte über den Saatenstand einzuliefern haben, ist plötzlich nach den ersten Alarmberichten in der Sowjetpresse eine starke Zurückhaltung in dieser Frage zu beobachten. Es wird sogar versucht, die öffentliche Meinung in trügerische Hoffnungen einzulullen. Der Presse ist verboten worden, in Zukunft andre als die von der zentralen statistischen Verwaltung ausgegebenen offiziellen Berichte zu bringen. Alle Nachrichten und Telegramme über Ernteaussichten an Zeitungen müssen vor der Veröffentlichung dieser Behörde eingereicht werden.

Zu gleicher Zeit verbreitet die Russische Telegraphen-Agentur eine offiziöse Meldung, die 200 Millionen Rubel Getreide für die Ausfuhr würden unter allen Umständen bereitgestellt werden, da im Lande genug Vorräte aufgespeichert seien, um dem Hunger entgegenzutreten. Zur gleichmäßigen Verteilung dieser Vorräte soll eine Regierungskommission unter dem Vorsitz von Rykow und unter Teilnahme von Krassin und andern führenden Sowjetleuten ernannt worden sein. Außerdem läßt die Sowjetregierung in die Welt posaunen, daß sie dank der gefestigten Finanzlage, der erstarkten Volkswirtschaft und des befriedigenden Zustandes der Verkehrsmittel einer Hungersgefahr leicht Herr werden würde.

Der Zweck dieser Meldungen liegt auf der Hand. Ihr Inhalt trifft indessen nicht zu. Die Getreidevorräte sind nach den Hungerjahren 1921, 1922 und 1923 ganz besonders erschöpft, das Wirtschaftsleben stockt mehr denn je: Fabriken werden geschlossen, der Absatz verringert sich zusehends, die Arbeitslosigkeit wächst. Andererseits mehren sich von Tag zu Tag die finanziellen Schwierigkeiten und die Verkehrsmittel liegen noch sehr danieder. Die amtliche Versicherung, daß die Mißernte dieses Jahr nur ein Fünftel der Anbaufläche im Vergleich zu der im Jahre 1921 getroffen habe, nämlich 5 Millionen Desjatinen mit einer Bevölkerungszahl von 5 Millionen Menschen, ist auch nur als Verhöhnungspulver zu werten. Vorläufige Schätzungen berechtigten vielmehr zu der Annahme, daß die diesjährige Mißernte der vom Jahre 1921 ungefähr gleichkommen wird.

Die Sowjetregierung, die durch ihre Schönfärberei der Panikstimmung der Bevölkerung vorzubeugen sucht, gibt sich selbst nur zu gut Rechenschaft über die wirkliche Ausdehnung der Hungersgefahr. In vielen der von der Mißernte betroffenen Gebiete hat sie die Ausfuhr des Getreides verboten und die „Prawda“ wird von Anfragen bestrickt, ob es nicht richtiger sei, die Ausfuhr russischen Getreides vollständig zu sperren. Die Sowjetregierung trifft auch schon Maßnahmen, um den sich anrückenden Hunger unter den Bauern vorzubeugen und der kopflosen Flucht aus den Hungergebieten entgegenzutreten. Das wirtschaftliche Zentralorgan der Sowjetregierung muß zugeben, daß in sehr vielen Orten eine äußerst gespannte Lage herrscht und die Lokalbehörden da und dort Militärabteilungen zur Bewachung der Brotlager anfordern.

In einigen Gubernements, darunter Astrachan und Zarjzin, sind schon Bauernunruhen ausgebrochen, die zu Massenverhaftungen geführt haben. Die Zentralregierung hat dieser Gefahr gegenüber den Befehl erteilt, die Flucht der Bauern aus ihren Dörfern mit militärischen Machtmitteln zu verhindern. —

Die Präsidentschaftskandidaten.

Der Aufmarsch der amerikanischen Parteien zur Präsidentschaftswahl ist nun vollzogen. Die Republikaner, die die eigentlichen Vertreter des Petrolkapitals sind und die Partei der schärfsten sozialen Reaktion bilden, ziehen mit Calvin Coolidge in den Wahlkampf. Hinter Coolidge steht als bestimmte Macht das Haus Rockefeller, die Standard Oil Company und alle Kapitalmächte, die mit ihr irgendwie verbunden sind.

Der demokratische Konvent bot ein merkwürdiges Schauspiel: 18 Tage hindurch kämpften hier um die Nominierung Mac Adoo und Alfred Smith. Hundert-drei Abstimmungen wurden vorgenommen, obwohl es den Kennern der Verhältnisse nicht unklar war, daß weder Mac noch Al, wie sie in der amerikanischen Presse genannt werden, das Rennen gewinnen werden.

Der demokratische Konvent bestand aus 1098 Delegierten, und nach dem alten Brauche der Demokraten ist zur Nominierung eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Smith hatte mehr als ein Drittel, Mac Adoo mehr als die Hälfte der Delegierten. Die Geamerschaft, der Wettbewerb zwischen diesen beiden nicht gewöhnlichen Persönlichkeiten und zwischen ihrer Gefolgschaft war so groß, daß keiner zugunsten des andern zurücktreten wollte. Jede Partei war und blieb zum Ende so stark, daß sie die Wahl des andern Kandidaten verhindern konnte, keine aber genügend stark, um den eignen Kandidaten durchzusetzen.

Es war also vorweg unvermeidlich, daß ein „dunkles Pferd“ das Ziel erreichen würde. Das geschah denn auch. Der demokratische Konvent erwähnte am achtzehnten Wahltag den gewesenen Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in London, Davis, als „dunkles Pferd“ zum Kandidaten. Davis ist seinem Beruf nach Rechtsanwält und war der Rechtsbeistand des großen Bankhauses Morgan u. Komp. Er war früher Mitglied des Repräsentantenhauses aus Westvirginien, also aus einem Staate, wo die blutigsten und grauamsten Kämpfe zwischen Kapital und Bergarbeitern geschlagen wurden, und wo die aus zumeist osteuropäischen Einwanderern bestehenden Bergarbeiter das harte Joch des Grubenkapitals tragen mußten. Unter der Administration Wilsons war er Solicitor general, also etwa Generalstaatsanwalt, und leistete in der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter unter den Kriegsgefahren sogar in Amerika Besondere. Der Kampf zwischen Davis und Coolidge ist also der offene Kampf zwischen Rockefeller und Morgan, zwischen Industriekapital und Hochfinanz. International hat er enge Verbindungen mit der französischen Hochfinanz: das Haus Morgan brachte den Frankfurter zum Stillstand.

Diese Wahl des demokratischen Konvents hat die Ansichten Lafollettes außerordentlich verbessert. Es wird nun klar, daß die beiden großen Parteien die eine reaktionäre Masse darstellen, und es werden sich nun alle, denen der Fortschritt, sogar ein sehr mäßiger, am Herzen liegt, alle, die den Weststaat aus der Umarmung der Industrie- und Finanzmächte befreien wollen, um die Perion Lafollettes scharen. Der Konvent für die „fortschrittliche politische Aktion“ hat Lafollette die Kandidatur angeboten. Lafollette nahm die Nominierung an. Am folgenden Tage versammelten sich in Cleveland der Konvent der sozialistischen Partei und beschloß, keinen selbständigen Kandidaten aufzustellen, sondern mit aller Macht die Kandidatur Lafollettes zu unterstützen.

So ist eine Front entstanden: auf der einen Seite, unter der Führung der Deputierten der Morgan und Rockefeller, die Demokraten und Republikaner, auf der andern Seite der Parikade alle demokratischen und proletarisch selbstbewußten Kräfte. Angesichts dieser Kandidatur der Demokraten wird es sogar Samuel Compers sehr schwer werden, die American Federation of Labour in der Gefolgschaft der beiden historischen Parteien zu behalten: die wirklich unabhängigen und selbstbewußten Elemente der Arbeitererschaft haben sich schon früher der fortschrittlichen Aktion angeschlossen.

Theodor Roosevelt hatte schon im Jahre 1912 eine selbständige fortschrittliche Kandidatur aufgestellt, er konnte aber gegen Wilson und Laft damals nicht aufkommen. Es wird vielfach darauf verwiesen, daß die Ansichten Lafollettes kaum besser sind, als die Roosevelts waren. Diese Auffassung zieht aber eine Reihe von Umständen nicht in Betracht, die damals gegen, diesmal aber für eine dritte selbständige Kandidatur sprechen. Roosevelt kämpfte nicht nur gegen die beiden großen Parteien, sondern auch gegen die Arbeitererschaft. Damals gab es noch keine selbständige Farmerbewegung, die heute eine Reihe von Staaten in der Hand haben. Roosevelt führte seinen Kampf im Jahre der wirtschaftlichen Prosperität, während jetzt in den Weststaaten die Farmer bankrott sind und bis November, wenn die Wahl der Elektoren stattfindet, eine große Anzahl von Zwangsstrafen in den Weststaaten stillgelegt werden. Roosevelt konnte sich auf keine organisierte Macht stützen: Lafollettes Sache wird nicht nur von der „Machime“ der fortschrittlichen Aktion, sondern auch von den Farmern, von den Industrie- und vor allem von den Eisenbahnarbeitern verfochten werden. Im Jahre 1912 traten die Deutschen für die Republikaner, die Freie für die Demokraten ein, und die beiden Nationen sind ein sehr bedeutender Teil der Wähler überhaupt und überdies gut organisiert. Die Deutschen werden in diesem Jahre für Lafollette, den Kriegsfeind, stimmen, und nachdem die Demokraten den Kandidaten der Freien, den Gouverneur Smith, fallen ließen, ist ihre Haltung unbestimmt.

Wenn man all dies in Betracht zieht, scheint es wahrscheinlich, daß Lafollettes Gefolgschaft wenigstens so viel Macht aufbieten wird, daß sie sowohl die Wahl des demokratischen als auch des republikanischen Kandidaten verhindern kann. In diesem Falle fällt die Entscheidung dem

Haufe der Repräsentanten zu, das aber auch kaum die zur Wahl notwendige Mehrheit aufbringen wird. Der folgende Schritt wäre dann, daß dem Senat die Wahl eines Vizepräsidenten übertragen wird, der dadurch automatisch der Präsident wird. In diesem für die Kandidatur Lafollettes ungünstigen Falle wird die Gruppe Lafollettes das Ziel an der Wage bilden und einen entscheidenden Einfluß auf die Wahl des Staatsoberhauptes ausüben.

Jedenfalls wird aber der kommende Wahlkampf die größten bisher überhaupt dagewesenen Möglichkeiten bieten, große volkstümliche Kräfte gegen die Finanz- und Industrioligarchie zu mobilisieren. Wird sich in England und in Frankreich bis zur eigentlichen Wahl die Linkregierung behaupten können, dann kann eine Schwärzung von wirklich weltgeschichtlicher Bedeutung auch in den Vereinigten Staaten und damit in der ganzen Welt eintreten. —

Ein Glendbarometer.

Einen recht interessanten Einblick in die Wirkungen der Inflationskrisis gestattet der Geschäftsbericht des Verbandes der deutschen Buchdrucker für das Jahr 1923. Der Zusammenhang zwischen den Zuckungen der Papiermark und der Verfallsrate der Buchdrucker geht am besten aus der Entwicklung der Spitzenlöhne hervor. Sie betragen:

Table with 2 columns: Date and Amount in Marks. Rows include: Anfang 1923 wöchentlich (18 000 Mark), Ende März 1923 (71 250 Mark), Ende Juni 1923 (336 000 Mark), Ende August 1923 (52 020 000 Mark), Ende Oktober 1923 (260 000 000 Mark), Ende Dezember 1923 rund (27 000 000 000 000 Mark).

Mit jeder Null in obigen Zahlen ist das Glend der münderbemittelten Bevölkerung Deutschlands gestiegen, so daß sie ein einwadrtes Glendbarometer abgeben. Ebenso der Vermögensausweis des Buchdruckerverbandes. In Vermögen war in den einzelnen Jahresabschnitten vorhanden am

Table with 2 columns: Date and Amount in Marks. Rows include: 31. Dezember 1922 (45 088 340,52 M. = 23 764,76 Gm.), 31. März 1923 (100 486 570,75 M. = 26 151,52 Gm.), 30. Juni 1923 (254 753 026 55 M. = 6 925,54 Gm.), 30. September 1923 (77 352 364 989 M. = 2 080,50 Gm.), 31. Dezember 1923 (41 443 410 000 000 000 M. = 41 446,41 Gm.).

Am 30. September war der größte Tiefstand zu verzeichnen. Es war die Zeit, als Deutschland im Glend zu erstickten drohte. Dann kam die Markstabilisierung und schaffte etwas Erleichterung. Wir sehen das Verbandsvermögen von 2030,50 Goldmark auf 41 446,41 Goldmark hinaufgeschwollen. Es zerfloß nicht mehr in den Händen der Kassierer. Auch den Arbeitern, besonders den Hausfrauen, brachte die Markstabilisierung wenigstens den Vorteil, daß der Flucht vor der Papiermark, daß dem wilden Szenen nach Waren ein Ende bereitet wurde. Man denkt mit Grauen daran zurück, wenn man die durchlaufene Glendbahn noch einmal in Zahlen vor sich sieht. —

Uebergeschnappte Nationalisten.

In der Mittwochssitzung des Thüringischen Landtags unternahm der völkische Abg. Dr. Dinter einen neuen Vorstoß gegen den thüringischen Staatsbankpräsidenten Loeb, dessen Wirken ihm viel Sorgen bereitet. Dinter fragte die Regierung, ob es zutrefte, daß Loeb infolge seiner guten Beziehungen zu international orientierten Banken Millionenkredite für Thüringen aus dem Ausland beschafft habe und welche Aktionen Loeb sonst unternähme. Die Regierung hat diese Anfrage noch nicht beantwortet. Sie dürfte sich hüten, dem Treiben der Völkischen auf Amtsenthebung des Präsidenten Loeb nachzugehen, da Industrie und Handel Thüringens die Tätigkeit Loeb's zur Beschaffung und Verleihung von Krediten allgemein anerkennen.

Der weitere Verlauf der Sitzung war durch die Beiprechung der kommunistischen Interpellation über die Stellungnahme der thüringischen Regierung zum Sachverständigen-Gutachten ausgefüllt. Die Kommunisten erklärten, gegen das Verhalten der Regierung bei der Ministerkonferenz in Berlin protestieren zu müssen, weil die Regierung sich nicht gegen das Gutachten ausgesprochen hätte. Die Regierung erklärte, daß eine Stellungnahme der Regierung noch gar nicht erfolgt sei. Sie werde sich erst schlüssig werden, wenn die zur Ausführung des Gutachtens von der Reichsregierung auszuarbeitenden Gesichtspunkte dem Reichsrat und Reichstag vorgelegt würden.

Im übrigen enthielt die Regierungserklärung nur Redensarten. Darüber freute sich Dinter, der einen „völkischen Zug“ in den Worten der Regierung zu erblicken glaubte und der Regierung daher sein vollstes Vertrauen schenkte. Im übrigen beschimpfte er die Mitglieder der Reichsregierung als Hoch- und Volkverräter, weil sie angeblich die Folgen der Annahme des Gutachtens mit Absicht verschweigen.

Von allen Parteien des Hauses nahm nur die Sozialdemokratie eine feste Stellung ein. Sie ließ durch den Genossen Hermann folgenden erklären:

Die Einstellung der Sozialdemokratie zum Sachverständigen-Gutachten dürfen wir als allgemein bekannt voraussetzen. Wir sind überzeugt, daß die Folgen des unglückseligen Krieges nur durch das Zusammenwirken der Völker, in erster Linie der europäischen, behoben werden können. Als Sozialdemokraten betrachten wir es als unsere moralische Pflicht gegenüber dem deutschen Volke unser Teil zur Lösung beizutragen. Wir sind uns keinen Augenblick im Zweifel, daß die Durchführung des Gutachtens dem deutschen Volke sehr schwere Lasten auferlegen wird, deren Verteilung in sozial gerechter Weise durch den Reichstag erfolgen muß.

Die Gegner des Gutachtens haben bisher einen brauchbaren und durchführbaren Vorschlag nicht machen können; sie sagen uns nicht, wie die Aufrechterhaltung der Wirtschaft und Wahrung der Kreditwürdigkeit der Industrie und Landwirtschaft befriedigt, wie die Rückkehr der Gefangenen, die

Erhaltung der besetzten Gebiete beim Reiche ermöglicht und schließlich die Einheit des Reiches gewahrt werden soll.

Es wäre auch der Sozialdemokratie lieber, wenn man dem deutschen Volke diese Lasten nicht aufzuerlegen brauchte. Schuld daran ist allein der Krieg und die Verantwortung dafür tragen die damals Herrschenden. In der Annahme des Gutachtens sehen wir zurzeit die einzige Möglichkeit, dem deutschen Volke weitere und schwerere Bürden zu ersparen. Wir sehen darin auch weiter die ersten Voraussetzungen, bessere Beziehungen zu allen europäischen Völkern zu erlangen. Wir fordern deshalb von der thüringischen Regierung, daß sie die Reichsregierung bei ihrem Bestreben, das Gutachten durchzuführen, mit aller Kraft unterstützt. Wir dürfen erwarten, daß die thüringische Regierung sich in ihrer Entscheidung nicht von übergeschnappten nationalistischen Phrasenpolitikern beeinflussen läßt.

Die Völkischen, der Landbund, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei einigten sich auf eine Entschließung, in der es u. a. heißt:

Wir fordern, daß die Reichsregierung, ehe sie sich überhaupt in weitere Erörterungen über das Dawes-Gutachten mit dem Feindbündnis einläßt, von dem Feindbündnis verlangt:

- 1. Aufzollung der Schuldfrage; 2. sofortige Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete, Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit und Verwaltungshoheit Deutschlands; 3. Aufhebung aller von den Besatzungsmächten gegenüber Deutschen ausgesprochenen Strafen und Maßregeln, sofortige Freisetzung aller gefangenen Deutschen; 4. bedingungslose Rückkehr aller Ausgewiesenen und restlose Wiedergutmachung aller ihnen zugefügten Schäden; 5. Anerkennung Deutschlands als gleichberechtigter Verhandlungspartner bei allen Verhandlungen.

Ferner fordern sie, daß die Reichsregierung die Aufklärung über die Schuldfrage und die unser Volk heimtückisch bedrohenden Bedingungen des Dawes-Gutachtens im In- und Ausland auf das energischste betreibt und der von ihr bereits in umfassender Weise zustandenen und das deutsche Volk auf das tiefste entrüstenden Militärkontrolle ein kurzfristiges Ziel setzt.

Diese Entschließung wurde von der Mehrheit angenommen. —

Hungersnot in Rußland.

In Rußland steht die Ernte vor der Tür. Nach wie vor herrscht eine jengende Glut, wie sie Rußland seit 35 Jahren nicht gekannt hat. Sie erreicht mitunter 60 Grad Celsius. Am schlimmsten ist das von Deutschen stark besiedelte Wolgarebiet betroffen. Die Roggenanbaufläche ist dort zu 75 Prozent versengt, das vierte Hungersjahr kündigt sich an.

Obwohl auf Anordnung der zentralen statistischen Verwaltung die Lokalbehörden alle 10 Tage Berichte über den Saatenstand einzuliefern haben, ist plötzlich nach den ersten Marmberichten in der Sowjetpresse eine starke Zurückhaltung in dieser Frage zu beobachten. Es wird sogar versucht, die öffentliche Meinung in trügerische Hoffnungen einzulullen. Der Presse ist verboten worden, in Zukunft andre als die von der zentralen statistischen Verwaltung ausgehenden offiziellen Berichte zu bringen. Alle Nachrichten und Telegramme über Ernteaussichten an Zeitungen müssen vor der Veröffentlichung dieser Behörde eingereicht werden.

Zu gleicher Zeit verbreitet die Russische Telegraphen-Agentur eine offiziöse Meldung, die 200 Millionen Pud Getreide für die Ausfuhr würden unter allen Umständen bereitgestellt werden, da im Lande genug Vorräte aufgespeichert seien, um dem Hunger entgegenzutreten. Zur schlüssigen Verteilung dieser Vorräte soll eine Regierungskommission unter dem Vorsitz von Rykow und unter Teilnahme von Krassin und andern führenden Sowjetleuten ernannt worden sein. Außerdem läßt die Sowjetregierung in die Welt posaunen, daß sie dank der gestiegenen Finanzlage, der erstarften Volkswirtschaft und des befriedigenden Zustandes der Verkehrsmittel einer Hungersgefahr leicht Herr werden würde.

Der Zweck dieser Meldungen liegt auf der Hand. Ihr Inhalt trifft indessen nicht zu. Die Getreidevorräte sind nach den Hungerjahren 1921, 1922 und 1923 ganz besonders erschöpft, das Wirtschaftsleben stockt mehr denn je: Fabriken werden geschlossen, der Abzug verringert sich zusehends, die Arbeitslosigkeit wächst. Andererseits mehrten sich von Tag zu Tag die finanziellen Schwierigkeiten und die Verkehrsmittel liegen noch sehr danieder. Die amtliche Versicherung, daß die Mißernte dieses Jahr nur ein Fünftel der Anbaufläche im Vergleich zu der im Jahre 1921 getrossen habe, nämlich 5 Millionen Desjatinen mit einer Bevölkerungszahl von 5 Millionen Menschen, ist auch nur als Verhöhnungspulver zu werten. Vorläufige Schätzungen berechnen vielmehr zu der Annahme, daß die diesjährige Mißernte der vom Jahre 1921 ungefähr gleichkommen wird.

Die Sowjetregierung, die durch ihre Schönfärberei der Bevölkerung der Bevölkerung vorzubringen sucht, gibt sich selbst nur zu gut Rechenschaft über die wirkliche Ausdehnung der Hungersgefahr. In vielen der von der Mißernte betroffenen Gebiete hat sie die Ausfuhr des Getreides verboten und die „Pravda“ wird von Anfragen bestürmt, ob es nicht richtiger sei, die Ausfuhr russischen Getreides vollständig zu sperren. Die Sowjetregierung trifft auch schon Maßregeln, um den sich ankündenden Hunger unter den Bauern vorzubeugen und der kopflosen Flucht aus den Hungergebieten entgegenzutreten. Das wirtschaftliche Zentralorgan der Sowjetregierung muß zugeben, daß in sehr vielen Orten eine außerordentlich gespannte Lage herrscht und die Lokalbehörden da und dort Militärabteilungen zur Bewachung der Brotlager anfordern.

In einigen Gouvernements, darunter Astrachan und Jarzyn, sind schon Bauernunruhen ausgebrochen, die zu Massenverhaftungen geführt haben. Die Zentralregierung hat dieser Gefahr gegenüber den Befehl erteilt, die Flucht der Bauern aus ihren Dörfern mit militärischen Nachmitteln zu verhindern. —

Nachrichten aus der Provinz.

Aufgeflogene Lohnverhandlungen für Landarbeiter.

Für die am 17. Juli in Halle stattgefundene Verhandlung der Lohnkommission des landwirtschaftlichen Tarifamtes Sachsen-Anhalt lag eine Tagesordnung vor, die an erster Stelle einen Antrag der Unternehmerseite, auf Lohnabbau von 20 Prozent lautend, vorkam, während an zweiter Stelle ein Antrag des Deutschen Landarbeiter-Verbandes eine Lohnerrhöhung von 25 Prozent verlangte. Die Unternehmerseite weigerte sich im Laufe der Verhandlung, den auf Lohnabbau lautenden Antrag zurückzuziehen. Erst nach langem Verhandeln war man bereit, diesen Lohnabbau-Antrag bis zum 25. August zurückzustellen, wenn auch die Arbeitervertreter ihre Lohnforderung zurückzögen. Die Arbeitervertreter erklärten sich dazu bereit, wenn man auf der Unternehmerseite bereit sein würde, sofort in die Verhandlung über eine zu gewährende Erntezulage einzutreten. Die Unternehmervertreter weigerten sich jedoch, über eine derartige Zulage zu sprechen. Da die Vertreter der Landarbeiter sich somit außerstande sahen, ihre Anträge auf Lohnerrhöhung bzw. Gewährung einer Erntezulage fallen zu lassen, waren damit die Verhandlungen als gescheitert anzusehen.

Das Verhalten der Unternehmervertreter muß als völlig unbillig angesehen werden, und das um so mehr, als in den letzten Tagen erst sowohl in Schlesien und Hessen wie auch im Freistaat Sachsen und Thüringen Lohnerrhöhungen bzw. Erntezulagen beschlossen worden sind. Wenn man in Betracht zieht, daß diese Ländergebiete in dem Bodenertrag erheblich unter Sachsen-Anhalt stehen, daß weiterhin die gegenwärtig im hiesigen Bezirk gezahlten Landarbeiterlöhne als völlig ungenügend bezeichnet werden müssen, so kann man das Verhalten der Unternehmervertreter nur als eine Provokation der Landarbeiterschaft bezeichnen. Welche Folgen das bei der in Landarbeiterskreisen herrschenden Stimmung, hervorgerufen durch die jämmerliche Entlohnung, im gegenwärtigen Augenblick des Einkritts in die Erntearbeiten bedeutet, darüber muß sich jeder vernünftige Mensch im Klaren sein. Das Agrarierturn Sachsen-Anhalts aber mag bedenken, daß ein allzuhafter Spannen den Bogen zum Zerplatzen bringen kann und daß dann die Agrarier allein für die Folgen verantwortlich sind.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Meiyendorf. Die Gemeindevertreter-Sitzung beschäftigte sich mit der Aufstellung des Etats für das laufende Geschäftsjahr. Die Einnahmen und Ausgaben wurden mit rund 23 000 Mark berechnet. Zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer wird ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben. Bei der Aufstellung des Etats waren die Punkte Jugendpflege und einige Säulangelegenheiten. Von sozialdemokratischer Seite wurde die ausgenommene Summe für Pflegerarbeiten als zu hoch bezeichnet; man hätte dafür mehr für Armenpflege einsetzen sollen. Der Gemeindevorsteher versprach, den Ueberschuß der sich in einigen Positionen ergeben wird, der Armenpflege zuzuführen. Am Gemeindegeld sollen die notwendigen Reparaturen ausgeführt werden, wozu 200 Mark eingezahlt sind. Die Summe ist in unsern Wunsch gemäß niedriger gehalten, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß Reparaturen den Verfall des Gemeindehauses nicht mehr aufhalten können; es muß auf dem schnellsten Wege ein neues Haus gebaut werden. Der Wahl zum Schulvorstand einigte man sich auf paritätische Besetzung, beide Richtungen stellen je drei Mitglieder. Von sozialdemokratischer Seite gehören dem Schulvorstand an die Genossen Wohlsdorf, Mittelstedt und Heinemann. Dann teilte Genosse Dobbertau der Gemeindevertretung mit, daß sich ein Kartell gegründet hat, dem alle freien Gewerkschaften, Arbeitersportvereine und der Schrebergartenverein angehören. Zweck des Zusammenschlusses soll sein, eine wirksame Vertretung der gesamten Arbeitnehmer in jeder Hinsicht zu erzielen. Die erste Forderung des Kartells war der Antrag des Genossen Dobbertau als Kartellvorsitzender an den Gemeindevorstand, bei der nächsten Darrkampagne nur einheitliche Arbeitslose einzustellen. Genosse Dobbertau wies auf das juristische Geleit hin, was schon jetzt bei der Arbeiterschaft herrscht, wieviel schlimmer kann es da erst im Herbst und im Winter werden. Er ärgerte den Wunsch, die Einverleibung von Arbeitslosen nur durch das Kartell vorzunehmen. Herr Fritz Knoke in seiner Eigenschaft als Amts- und Gemeindevorsteher und Mitinhaber der hiesigen Zigarrenfabrik zeigte Verständnis für den Wunsch der Arbeiterschaft und versprach in der betreffenden Sitzung mit dem Genossen Dobbertau Hand in Hand zu arbeiten. In einer demnächst stattfindenden Sitzung des Kartells wird diese Angelegenheit eingehend besprochen werden.

Kreis Kalbe.

Alten. Die Arbeiter-Samariter beherrschten am Sonntag und Sonntag das Stadtbild. Das Stiftungsfest der Kolonne Alten bot Gelegenheit, das Können der Arbeiter-Samariter

zu zeigen. Eine größere Liebung am Sonntag, an der auch auswärtige Arbeiter-Samariter aus Magdeburg, Dessau, Schönebeck und Kalbe teilnahmen, bewies, daß die Arbeiter-Samariter allen Anforderungen bei größeren Unglücksfällen gerecht werden können. Die Warmierung der Teilnehmer, die durch Hornsignale erfolgte, legte dar, daß die Verletzten in kurzer Frist geborgen werden konnten. Alles in allem war die Veranstaltung ein Erfolg.

Schönebeck. Der Film vom Reichsjugendtag der Sozialistischen Arbeiterjugend in München wird am Dienstag abend 8 Uhr im Zentraltheater vorgeführt. Der Jugendtag war die mächtigste Kundgebung der gesamten deutschen Jugendbewegung, die je stattgefunden hat. Es ist der Besuch deshalb sehr zu empfehlen.

Der Feind, den wir am tiefsten hassen

„Die Unwissenheit ist ein Dämon, wir fürchten sie wird noch manche Trümpfe aufzuführen; mit Recht haben die größten griechischen Dichter sie in den furchtbaren Dämonen der Königshäuser von Mythen und Helden als das tragische Geschick dargekollt.“ So schrieb Karl Marx in der „Rheinischen Zeitung“. Die Unwissenheit war auch in den Jahren nach der Revolution die größte Feindin der Arbeiterklasse. Sie verführt den Mensch häufig dazu, gerade das zu tun, was ihm schädlich ist. Kämpfe gegen die Unwissenheit, heißt mit allen arbeitenden Menschen das Aufklärungsmittel der sozialistischen Presse zuzuführen.

Die Werbung neuer Leser für die

Volksstimme

ist ein Kampf um bessere Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, ist ein Kampf um das Wohlergehen unserer Frauen und Kinder; denn ein aufgeklärtes Volk ist imstande, in einem demokratischen Staatswesen seine Wirtschaftslage wesentlich zu beeinflussen. Jeder einzelne muß wissen, wozu er gehört, darum Aufklärungsarbeit für die Massen des Volkes, darum auf, ans Werk! Der Feind, den wir am meisten hassen,

Das ist der Unberstand der Massen!

Stahfurt. Der kommunistische Sumpf. Wie noch in Erinnerung sein dürfte, fanden in Stahfurt-Opoldshaus zwei getrennte Mafseiern statt. Die sozialdemokratischen Parteivereine beider Städte machten einen gemeinsamen Vorschlag mit dem Volkspartei als Endziel und hielten im vollbesetzten Saale des „Hofjägers“ eine wohlgeleitete Abendfeier ab. Auf der anderen Seite ließ sich der Ortsauschuß der Gewerkschaften als Firmenträger der Kommunisten zu einem Anstich nach Gähnefurt bewegen, mit Abendfeier im „Führerhof“. Arbeiter-Mandolinenverein und Arbeiter-Madrigalchor stellten sich uneigennützig für beide Veranstaltungen zur Verfügung. Die Mafseier der Kommunisten wird jetzt, soweit wir unterrichtet sind, ein rechtliches Nachspiel haben. Trotz des Verbots öffentlicher Umzüge wußten Walfstab und Genossen gegen den Willen des Kartellvorsitzenden Lettau es durchzusetzen, den Anstich nach Gähnefurt mit einem Umzug in Gähnefurt fortzusetzen. Der Erfolg ist gegen Lettau und Genossen ein Strafgeleit über je 30 Mark oder 6 Tage Gefängnis. Die eigentlichen Urheber, Walfstab und Genossen, hielten unbehelligt, verließen aber jetzt, die ausgefallenen „Opportunisten“ alle folgen allein tragen zu lassen. Nicht allein, daß es abgelehnt wird, die Kosten aus den fließenden Mitteln der Notenhilfe zu bestreiten — nein, man behält bis zum letzten Tage der Einspruchsfrist den Strafgeleit in Händen, um den Betroffenen das Rechtsmittel zu nehmen und ihnen bei der Mittellosigkeit zur Gefängnisstrafe zu verhelfen. Heimlich, still und leise läßt man durch Jugendleute den Strafgeleit dem Empfänger am letzten Tage der Frist in den Briefkasten stecken. Die zu erwartende Gerichtsverhandlung wird den kommunistischen Sumpf weiter anfrühen. Wenn wir von dem Gehalt des Sumpfes berührt werden und uns damit beschäftigen, so nur deshalb, um dem Ausdruck zu geben, was einen Teil ehemaliger Anhänger der Kommunisten, besonders unter den Erwerbslosen, veranlaßt, ihren Unwillen gegen das fremdliche Spiel der „Führer“ der R. P. D. uns vorzutragen. Immer weiter bricht sich in der Arbeiterschaft die Erkenntnis Bahn, in was für einer Gesellschaft man bei den sogenannten Kommunisten ist. Wir werden nicht verärgert, unbeherr von irgendwelchen Personen, unterteilt weiter für Aufklärung zu sorgen, damit schließlich jeder Arbeiter einseht, daß es Unfug ist, hinter den Kommunisten herzulassen und unter ihren Dummheiten zu leiden.

Stadtkreis Wismarleben.

Wismarleben. Die Erwerbslosenfürsorge hat mit fortwährenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Arbeitsnachweis hat die Fürsorge außer für Wismarleben noch für 18 andere Orte mit zu beorgen, darunter für 12 anhaltische Orte. Von diesen 18 Orten gehen aber keine Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge ein, da sich sowohl

die Dells- und Landkrankeklasse für den Kreis Quedlinburg als auch die für den Kreis Verburg weigern, ihre Beitragseinnahmen für die Erwerbslosenfürsorge an den Arbeitsnachweis Wismarleben abzuliefern. Auch von den Beiträgen, welche die Vergarbeiter bezahlen, war bis jetzt kein Heller zu erlangen, da diese von Halberstädter Knappschafftsverein an den Halberstädter Arbeitsnachweis abgeliefert wurden. Wie kommen die Wismarlebener Arbeiter und Arbeitergeher dazu die Arbeitslosen der ganzen Umgegend einschließlich der von zwölf anhaltischen Orten zu unterstützen? Da das Reich keine Zuschüsse mehr zahlt, mußte bislang die Stadt Wismarleben schon 14 000 Mark Zuschuß leisten.

Altmark.

In die Parteivereine.

Die Ortsgruppen der Unterbezirke Stendal, Osterburg und die dazu gehörenden Ortsgruppen des Kreises Jerichow 2 ersuchen wir, die Abrechnungen, soweit es noch nicht geschehen ist, sofort einzusenden. Aus denjenigen Ortsgruppen, die die Abrechnung trotz mehrmaliger Mahnung nicht einenden, wird die Abrechnung in den nächsten Tagen durch Genossen abgeholt.

Das Kreisparteisekretariat für den Unterbezirk Stendal muß vom 3. August auf einen andern Tag verlegt werden. Das Kreisparteisekretariat für den Unterbezirk Osterburg findet nicht am 10. August, sondern am 31. August in Seehausen statt.

Das Parteisekretariat ist vom 27. Juli an für mehrere Tage geschlossen. Ganz wichtige Angelegenheiten werden aber trotzdem erledigt. Parteisekretariat Stendal.

Parteierversammlungen.

Tangermünde. Dienstag den 22. Juli, abends 8 Uhr, in der Genossenschaft.

Tangerhütte. Mittwoch den 23. Juli, abends 8 Uhr, in der „Flora“.

Die Tagesordnung in beiden Versammlungen enthält u. a. einen Vortrag des Genossen Müller (Stendal) über „Der Parteitag in Berlin und die politische Lage“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Seehausen. Leichenjagd. Im benachbarten Seehausen fand man beim Roggenmähen eine männliche Leiche, bedeckt mit einer Schlafdecke. Es handelt sich um einen Mann in mittleren Jahren. Es liegt ein Verbrechen vor. Dem Mann ist der Schädel mit einem schweren Stein eingeschlagen worden. Um den Hals war ein Leberriemen geschlungen. Die Tat dürfte mehrere Wochen zurückliegen. Angaben über die Person sind an die Staatsanwaltschaft in Stendal zu richten.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ulmenstedt. Am Mittwoch den 23. Juli, abends 8 Uhr, findet bei W. Venede eine Versammlung vom Reichsbanner statt, zu der alle Republikaner eingeladen sind, die gewillt sind, dem Reichsbanner beizutreten. Republikaner, erscheint in Massen!

Wetzendorf. Eine Ortsgruppe des Reichsbanners hat sich auch in unserm Ort gebildet. Eine ganze Anzahl Republikaner haben ihren Beitritt erklärt. Ein großer Teil steht aber noch abseits. Das darf nicht sein. Auch der letzte Mann muß für den Schutz der Republik eintreten. Die Monarchisten sind genug aktiv tätig. Republikaner, zeigt dem Falkenkreuz und Stahlhelm, daß ihr auf dem Posten seid! Anmeldeungen nehmen entgegen die Kameraden Otto Franke, Wilhelm Herrmann, Heinrich Koch und Wilhelm Döberkaun.

Haderleben. Zu einer wichtigen Kundgebung für den republikanischen Geistes erhellte sich die zum Donnerstag vom Reichsbanner einberufene öffentliche Versammlung. Um 1/9 Uhr rückte unter dem Geleit republikanischer Kampflieder in starrer Ordnung die Jugendabteilung von Wismarleben in Stärke von 100 Mann in den Ort ein. Im überfüllten Saale sprach Kamerad Karbaum (Magdeburg) über die unhaltbaren politischen Zustände, die unbedingt das aktive Eingreifen der Republikaner zum Schutze der Republik erfordern. Der reichliche Beifall bewies die Zustimmung der Versammlung, die daraufhin zur Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbanners icht. Die Stiefbürger und Stahlhelmlieute wunderten sich, daß die Republikaner sich nicht mehr tot stellen wollen, sondern sich kräftig regen.

Wismarleben. Die Ortsgruppe des Reichsbanners beteiligte sich außer zahlreich an der Bannerweihe des Brudervereins im benachbarten Fiedleben am Sonntag. Eine große Menschenmenge aus der ganzen Umgegend hatte sich zu dem Feste eingefunden. Kamerad Weife aus Fiedleben hielt eine fertige Weisrede.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Hühneraugen
beseitigt sicher das Radikalmittel.
Lebewohl
Horhaut an der Fußsohle verschwindet durch
Lebewohl - Ballen - Scheiben.
Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.
In Drogerien und Apotheken.
Man verlange ausdrücklich „Lebewohl“.

Unter dem Freiheitsbaum.

Roman von Clara Ribbig.

(31. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

14.

Dies war ein Winter, so kalt, wie ihn das Moselland seit langem nicht gekannt hatte. Im Göttinge oben lag der Schnee hoch, und der Fluß unten trieb mit Eis. Das den müden Ardeinen waren Wölfe herüber in die Göttinge gekommen, der Bauer jag ihre Spuren im Schnee und verfolgte seinen Ziel fester. Aber auch andere Handlanger trübten nach, die waren noch mehr zu fürchten. Die Wölfe trieb Landen wie Fiedel Wölfe, die heißungst über alles liefen. Die Dörfer zitterten vor Furcht und Angst.

Die französische Behörde hatte wenig Glück mit ihren Erlassen; die Anordnungen wurden zwar befolgt, auch hier und da einer angegriffen, der sich an jemandem Gut verging, und man machte kurzen Prozeß mit den Feinden. Grundbesitzer-Blas, der einen Feindes Katorcheln geholt hatte, wurde vom politischen Tribunal zu Zwölfen in öffentlicher Verhandlung zu zehnjähriger Kerkersstrafe verurteilt. Zwei andre Diebe, Westronellen-Winkel und Schütz-Bengel, ein alter hinterer Mann, der ehemals Schreiner gewesen war, und beide zur Straßensäuberrunde des Feindes gehörig, wurden zu zehnjährigen Jahren verurteilt. Sie wurden in ein unterirdisches Gewölbe auf die Kerkung Einbreitstein gebracht und dort mit Ketten aneinandergefesselt.

Ein Mann, das ist kurzen in Kerkern beigegeben war, wurde auch angeteilt. Für gewöhnlich lag das dort an der Wankel-Lappe und betete, aber in ihrer Betäubung trieb die wackelnde sie ohne nach ein Gewerbe; man behauptete sie gefährlicher gewesen, und daß sie junge Mädchen in die Kerkern schickte. Die Angelegenheiten waren ihrer Kerkern, aber ihr Landmann war früher war wider sie; zehnjährige Einzelhaft wurde über sie verhängt. Die Angelegenheiten, als man ihr das Urteil sprach und zeigte auf ihre wackelnden Knochen; die jungen die zehnjährigen Jahre nicht mehr ab.

Es waren graue Haare, und doch lachten sie nicht. Im Geheiß. Die keine es so oft Staura gefühlt von Kerkern, Dörfer demarktierten sich, Lote von Städten wurden, jedoch es dankt war, langsam gelächelt.

Ein französischer Mann wandte die Betrüger von Kerkern in der Stadt des Feindes primär aus dem Schatz, Schätze Feien. Hab jetzt wiederum Angelegenheiten! Ein französischer Mann, ein

Betrüger fondergleichen. Zwei Heere mußten sich gegenübersehen. Kein Mensch traute sich vor die Tür; nicht einmal aus dem Fenster zu sehen wagte man, um nach der Ursache zu forschen. Nach ein paar Stunden wurde es wieder still. Aber erst als das späte Morgengrauen kam, gingen ein paar Beherzte hinaus. Da fanden sie unweit der Häuser, am Kerkern, einen toten französischen Quaren; er war samt seinem Pferd erschossen. Nicht fern ab lag ein zweiter an einem Baum, am Wein verwundet, er weinte vor Freude, daß endlich barmherzige Menschen kamen und ihn aufnahmen. Und nun erzählten es die zehnjährigen Bewohner, daß ihrem Ort ein Befehl der Mörder für die Nacht zugesandt gewesen war.

In hellen Stunden saßen die Kerkern in einem großen Saal. Die französische Behörde hatte aber Wind davon bekommen, sie schickte ein Bataillon Quaren aus, um so die Verbrecher alle mit einem Male zu fangen. Jedoch waren die Soldaten in kriegerischer Ausrüstung, so traten die Mörder außer ihren Pistolen, Messern und Knütteln noch den wilden Mut der auf alles gefassten Banditen. Man lieferte sich ein Treffen gegen Mitternacht, das einer Feldschlacht nachahmte. Und der Schluß war: die Quaren zogen sich nach der Kerkern zurück, die Mörder nach ihren Bergen.

Doch in der folgenden Nacht kam eine zum Zeichen des Gehorsams die Wölfe in der Schlucht der Göttinge, unweit des Stadthaus, auf und ward zu Hilfe. Auf der Berg Göttinge lag der Schlossherr die Manon aufzuführen und die Jugendliche aufziehen, er setzte sich in Verteidigungszug; aber die Bande kam nicht. Dagegen auf dem Liegerhof, der Treib auf dem rechten Kerkern, brach sie ein.

Der Lieger-Bauer hörte jagen, es war schon zu nächtlicher Zeit, da sah er erkannt zum Kerkern hinaus. Ein Trupp war dorthin — trapp, trapp — auf dem Gehsteig zu.

„He, Sakrament, habe's Kerkern schon offen?“ Der Lieger-Bauer schrie zu. Da klopfte es an der Lade: „Aufgemacht, gib zu ehen!“ Der Bauer griff nach seiner Keule, aber der Schuß verlegte. Da sah er das hintere Kommandieren auf, zuckte die Lippen und rannte nach Treib, was ihm zu tun kam. Die Kerkern schrien hinter ihm her. Die Sturmgewehre fürwahr. Als er zurückkam mit besoffenen Basen, brannte sein Strohdach Kerkern.

„Nun, Bruder, idag Feuer! Kammern, Kammern. Es war, als ob die Bande sich wärmten wollte in kalter Winternacht. Es ging strahlend los, und sie waren nach Treib gelangt, da und dort einen Bergkegel angezündet. Der Hundert Leuchter sahle, dem wurde nichts erspart; der fünfzig sahle, dem wurde nur die Schenke ab. Ein großer Mann mit langer Nase ging als Überwinder hin und her; er betrat gerade beide Kerkern.“

Im Friedrichswald, etwa eine Stunde von Treib, lag die Köhlerhütte des Schwärzen Peter. Sie war jetzt der Hauptversammlungsart für die Unternehmungen auf der rechten Moselleite. Dahin wanderten am Sonntag vor Weihnachen Mis-Jakob und seine schöne Frau.

Mis-Jakob war sonntags angezogen; blaues Wams, kurze graue Hose, weißwollene Strümpfe und einen dreieckigen Hut, ganz wie ein Bauerlein. Statt des gewohnten roten „Perpel“ trug er einen dicken Knotenstod unterm Arm. Hand in Hand gingen die beiden, schlenkerten die verschlungenen Hände zwischen sich, und der Mann pfiff sich ein. Er war jetzt eben hatte ihm seine Anna vertraut, daß sie nun endlich Aussicht hatten, ein Kind zu bekommen. Den Jung, auf den er schon fünf Jahre wartete! Aber sein Sohn sollte einmal ein Straßenräuber und Mordbrenner werden, das schwur er sich heute in seinem ersten Glück. Eine hohe Schule sollte der besuchen, wenn es möglich war, geistlicher Herr werden, die Sünden des Vaters gutmachen durch seine Gottheligkeit. Schon sah er seinen geistlichen Herrn im langen schwarzen Rock mit der feidenen Schärpe, aber wenn er die Waffe gelebrierte, herrlich angetan in rot-gold, von Weihrauchwolken umschlingert.

Dem Mis-Jakob ward ganz eigen zumut, er ergriff plötzlich seine Frau, hob sie auf beiden ausgestreckten Armen und trug sie so eine ganze Weile. Sie war schwer, er schwigte, aber er trug sie vor sich her, eine Schale der Freude. Das hätte er selber nicht gedacht, daß er noch einmal so vergnügt sein könnte wie als dummer Junge. Er fing laut an zu jagen. Es kimmerte ihn nicht, daß ein paar Leute, die des Weges kamen, ihn für einen Betrunknen hielten. Erst als er nicht mehr schreien konnte, ließ er die Frau zur Erde.

Die schöne Anna lachte unbändig. Sie lachte noch mehr, als jetzt beim Wald, in den sie abbogen, Moyses Moysam aus Bridel hinter ihnen dreiteuchte. Der war sehr herzlich; er bot dem Jakob Schnupftabak an und schenkte ihm gleich die ganze Dose, er mochte denken: lieber gut Freund.

Moyses Moysam wollte eine Sau holen gehen, die er erbeutet hatte bei einem Bauern für den Wecker in Bridel. Sie sollte geackert werden auf das Christfest.

Die Anne empfing ihn mit „Hepp hepp“. War das nicht, um sich kaputt zu lachen, der Jud holte ein Schwein?! Das war doch nicht feider. „Dat beste Stück davon, dat kriegt ihr dann zu ehen!“

Moyses Moysam schüttelte sich. Die Worte seiner ohne Erbarmen, sie war aufschämender um je.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Tag der Republik.

Fahne hoch, deutsche Republik!

Am Sonntag nachmittag fangen es Arbeiterjünger von Neuhalbensleben auf dem schönen Festplatz ihrer Stadt, auf der „Majke“. In einer Hymne, die der Lehrer Kahstädt aus Neuhalbensleben gedichtet hat, klingt es auf: Fahne hoch, deutsche Republik! Und es war hier mehr als eine Ermunterung, es war zur Tat geworden; kein Wunsch mehr, sondern Erfüllung. Im Sonnenlicht flatterten die Farben Schwarzrotgold, die ein Kampfzeichen sind und ein heiliges Symbol des deutschen Volkes seit 100 Jahren. Um die seine Besten gelitten haben in Kämpfen und geblutet in heiligem Ringen.

Am diese Verkettungen von Mensch zu Mensch, von Vergangenheit zur Gegenwart mahnte das Schwarz, an das Blut, das aus Menschenherzen geflossen ist für die Republik, das Rot, und sommerschön strahlte über Schicksal und Opferinn die Lebensgüterberück und der Glaube an die Zukunft.

Diese Fahne wurde erhoben, als vor einem Jahrhundert der deutsche Gedanke der Freiheit emporstieg und seine stolzen Kreise zog über die Welt. Als die Völker aufstauten und aufhörten zu dem „Volke der Denker und Dichter“, dem Volk eines Adels des Herzens und des Geistes. Diese Farben wurden vorangetragen, als die deutsche Jugend anstürmte gegen die Schranken der deutschen Reaktion. Schwarzrotgold hüllte die Toten ein, die von den Vorfahren von 1848 getragen wurden.

Schwarzrotgold — die Farben wurden dann vergessen. Das deutsche Bürgertum suchte seinen Erwerb und war es zufrieden, daß es zunächst materiellen Gewinn haben konnte von der Entwicklung Deutschlands zum Militärstaat, der zusammengegliedert wurde mit eiserner Gewalt, doch unter den Hohenrollen nicht zusammenwuchs.

Die Industrialisierung legte ein, fand intelligente und fleißige Arbeiter und führte Deutschland wirtschaftlich bald in die erste Reihe der Nationen. Der tiefe Gegensatz von Kapital und Arbeit schuf zwei Heere, die sich feindlich gegenüberstanden, die sich immer noch gegenübersehen und ihren Kampf austragen müssen. Ein Teil trachtete Eigentum und Macht zu erwerben, der andre mußte um sein nacktes Leben kämpfen. Da verschwand Schwarzrotgold aus dem Gesichtskreis. Das Bürgertum stand zu dem Deutschland der Gewalt und politischen Unfreiheit, die arbeitenden Schichten aber sahen die große Bewegung des Kapitalismus, die über die Welt ging, und spannten ihre Hoffnungen und Ziele ebenfalls über die Welt.

Der Weltkrieg schleuderte die Völker in das große Feuer der Not und der Vernichtung, das alte Deutschland des Kaiseriums und der Militärgewalt brach zusammen, die deutsche Republik entstand in dem großen Schmelzofen der Geschichte.

Die deutsche Republik...? Das deutsche Volk mußte sich erst besinnen. Das war etwas Vergangenes, etwas Unerfülltes, aber trotzdem Verlassenes. Schwarzrotgold? Ein schönes Lied aus alter Zeit.

Aber das Unerfüllte mußte nun Erfüllung werden durch das Volk, und das Lied mußte Herzblut und Leben werden. Das ist die große Verkettung und die Verpflichtung eines jeden Volkes: es muß die Ideen,

die sein Schicksal betreffen,

früher oder später verwirklichen. Es kann diesem Gebot nicht entgehen, kann nicht sagen: wir leben auch ohne politische Freiheit wirtschaftlich recht gut; es kann auch nicht erklären: was kümmert mich mein Land, ich will die Welt anders gestalten. Nein, das Neugeschaltene beginnt im Land, und die deutschen Arbeiter hätten erkennen müssen, daß sie erst die deutsche Frage lösen müssen, wenn sie der Welt ein neues Gesicht mitgeben wollen. Und die Menschen aus dem Bürgertum, die noch im Herzen die Ideen der deutschen Befreiung und des Aufstiegs des Volkes trugen, mußten aufstehen und sagen: nun darf nicht mehr geträumt und geklagt werden, hier gibt's zu tun.

Das alles ist unmittelbar nach der Revolution nicht so lebensstark eingetreten, wie es die Zeit verlangte. Das deutsche Volk stand in seinen Schicksalsstunden in seltsamer Haltung zwischen den Zeiten, es war nicht Tat, nicht Gegenwart. Die Arbeitnehmerschaft und die Tüchtigsten aus andern Schichten erklärten sich zwar für die Republik und forderten von den neuen Behörden und Trägern der politischen Macht Schutz der Republik, aber es sprach doch mehr Furcht daraus vor der Wiederkehr eines alten barbarischen Systems politischer Herrschaft, als ein innerlich lebendiger Gedanke des Neuen.

Das Republikanertum lag zumeist in äußerem Gebaren, und man meinte, die Republik könne in Zeitungsartikeln, Gejessen und Verordnungen bestehen. Und sie

muß hoch in jedem Menschen sein,

in jedem Herzschlag und Blutstropfen.

Das deutsche Volk hat in den letzten 3 1/2 Jahren eine harte politische Erziehung durchgemacht. Mord und Verbrechen erhoben sich gegen die Republik und das Volk. Immer wieder muß die deutsche Erde das Blut republikanischer Führer trinken. Der wilde Haß erschlug die Männer — und sucht immer noch Opfer in der Republik. Da schlug der republikanische Gedanke im Herzen des deutschen Volkes. Die Stimmung und die ungeheure Spannung trat ein, die bei jedem tiefen Lebensvorgang vorhanden ist und sich auszuwirken sucht. Als daher republikanische Frontsoldaten das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold erhoben, und die entschiedenen Republikaner zusammenrief, war es nur die Lösung einer ungeheuren Spannung. Es war als habe man ein Wort und eine Idee gefunden, auf das Hunderttausende lange sehnsüchtig gewartet haben. Anders ist die urgewaltige Kraft nicht zu erklären, die sich in dieser Bewegung offenbart. Sie geht über das Land wie ein Naturereignis, das keine Macht mehr hemmen kann.

Wenn das Reichsbanner Zusammenkünfte, Feste veranstaltet, dann strömen Tausende zusammen auch in kleinen Landorten. Das sind keine Vereinsfestlichkeiten die „aufgezogen“

werden, das ist der Ausbruch eines Volkes, das sich auf sich selbst befinnt, auf seine Verpflichtung und seine Verantwortung.

So war es auch am Sonntag in Neuhalbensleben. Ueber den Häuptern von

zehntausend Kämpfern für die Republik

flatterten die Fahnen der Republik. In festgestellten Reihen standen Reichsbannerleute, zusammengesogen zu einem ungeheuren Block. Ringsherum Gänge, Frauen und Kinder. Schwarzrotgold in den Hüften, schwarzrotgoldene Fähnchen überall. Die große Masse der Menschen aber in feierlicher Stimmung, als das Lied erkante: „Fahnen hoch“, als die Redner von dem Gedanken der deutschen Freiheit sprachen. In jedem Menschen, der dabei war, brannte sich der Gedanke ein: das deutsche Volk ist in seinem besten Kerne republikanisch.

Dabei war der Anlaß zu dieser Kundgebung kein besonders überragender. Die Ortsgruppe Neuhalbensleben des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hatte Rahmenweiche. Zu diesem Feste wurden die Magdeburger Reichsbannerleute und Ortsgruppen aus dem Bezirksverband Neuhalbensleben eingeladen. Es kam also ein verhältnismäßig kleines Gebiet in Betracht, daraus aber strömten Tausende zur Reichstadt.

Von Magdeburg fuhren viele Hunderte in fahrplanmäßigen Zügen, in Kraftwagen, zu Rad nach Neuhalbensleben. Außerdem aber war für die Magdeburger Haupttruppe ein Extrazug bestellt. Als dieser Extrazug sich in Neuhalbensleben entleerte, seine Fahrgäste gefallos auf die Straße marschierten, dort mit andern Abteilungen zusammentrafen, da war das schon eine imponierende Demonstration für sich.

Auch die Fahrt nach Neuhalbensleben, auf der Landstraße und im Eisenbahnzuge, zeigte, daß die Republik ihr Volk gefunden hat. Nicht nur die schwarzrotgoldenen Plaggen in den Schrebergärten und auf den kleinen Häuschen der Arbeiterportvereine, z. B. des Schwimmvereins Elbe, war ein Beweis für diese Gesinnung, auch die frohe Begeisterung, mit der Radfahrer und Autos von den Dorfbewohnern begrüßt wurden, zeugte davon.

Die Straße von Magdeburg nach Neuhalbensleben, alle Dörfer standen im Zeichen des republikanischen Tages. Eine Triumphstraße der Republik!

Einen Festzug von der Ausdehnung, wie er sich dann am Sonntag nachmittag durch Neuhalbensleben bewegte, wird diese Stadt kaum jemals zu sehen bekommen haben. Er wirkte besonders durch die straffe Disziplin, die in jeder Abteilung, in jeder Gruppe gewahrt wurde.

Am Sonntag haben noch an vier andern Orten im Bezirk Magdeburg republikanische Tage des Reichsbanners stattgefunden: in Scherzke, Egeln, Wolmirstleben und Fiedleben bei Hfäckerleben. In allen Orten gewaltige Beteiligung. Fahne hoch, deutsche Republik! Die Deutschen, die in Kontor und Werkstatt schaffen, stehen zu dir. Die Männer und Frauen, die ein Deutschland der Freiheit und der Versöhnung wollen, treten für dich ein in aller Not und Gefahr. Du wirst bestehen, kannst nicht vergehen.

Republikanischer Abend.

Als Auftakt zu der großen republikanischen Kundgebung veranstaltete die Reichsbanner-Ortsgruppe Neuhalbensleben am Sonntagabend einen republikanischen Abend in Form eines Kommerzes. Nach Begrüßungsworten des Bezirksvorsitzenden Kamerad Wegner (Neuhalbensleben) und einem würdevollen Prolog, gesprochen von Franzlein Meizer, hielt Kamerad Tramp (Neuhalbensleben) die Festrede. Er gedachte ebend der im Weltkrieg gefallenen Kameraden. Einbruchsoll begleitete die Kapelle diesen Teil der Rede mit dem alten Soldatenlied „Ich halt einen Kameraden“. Der Redner erinnerte das Reich an seine Pflicht, für eine ausreichende Versorgung der Hinterbliebenen der Gefallenen und der andern Kriegsofer zu sorgen. Das ist die beste Götung für die Gefallenen, sie liegt auch sicher im Sinne der gefallenen Kameraden. Angeichts der ungeheuren Opfer des Weltkriegs ist es die Pflicht aller vernünftigen Menschen, das größte Verbrechen an der Menschheit, einen neuen Krieg, zu verhindern. Deshalb gilt es, den nationalpolitischen Kriegstreibern, die ja gleichzeitig die unversöhnlichen Gegner der Republik sind, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die Republik wird unerschütterlich bestehen, wenn es die Republikaner wollen. Diesen heiligen Willen zum Schutze der Republik im Volke zu erwecken, hat sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zur Aufgabe gemacht. In ihrer Liebe zum deutschen Volk und zur deutschen Heimat treten die Mitglieder des Reichsbanners ein für die Schaffung eines großen geeinten deutschen Volksstaats, für die großdeutsche Republik!

Steh fest, deutsche Republik!

Sollst nicht weichen oder wanken,
Steh fest wie Felsstein.
Unsre heiligsten Gedanken,
Unser itarker Arm sind dein.

Fahne hoch, deutsche Republik!

Da, wo deine Treuten stehen,
Dort, wo deine Kinder sind,
Soll die Schwarz-Rot-Goldne wehen,
Hoch bei Sonn' und Sturmwind.

Fürchte nichts, deutsche Republik!

Mögen auch die Feinde schaffen,
Freude hier und Feinde dort,
Unsre Kraft soll nicht erschaffen,
Sie soll wirken fort und fort.

Wir sind dein, deutsche Republik!

Deine Töchter, deine Söhne,
Dir zur Einigkeit, zum Recht,
Dir zur Freiheit, dir zur Ehre,
Stark und standhaft, dein Geschlecht.

Nachvoll könnte dies Gedächtnis der Republikaner, vom Kameraden Karl Karstädt (Neuhalbensleben) in Verse gefaßt, durch den Saal. Die Treue zur Republik bekräftigten die Festteilnehmer mit einem dreifachen Frei Heil und dem Gesang der dritten Strophe des Deutschlandlieds: Einigkeit und dem Recht und Freiheit. Stimmungsvolle Wieder des Konjunktivischen Kamerad Göffel (Magdeburg) und des Männer- und des gemischten Chores vom Gesangverein Einigkeit Neuhalbensleben umrahmten die wirksame Feier. „Freiheit, die ich meine, die mein Herz erfüllt, komm mit deinem Schicksal, süßes Engelsbild“, so klang der republikanische Abend aus.

Wo sich Männer finden, die für Ehr' und Recht
Mutig sich verbinden, weiß ein frei Geschlecht.

Die Radfahrer.

Punkt 8 Uhr morgens sahen die ersten auf und nahmen ihren Weg über den Breiten Weg nach Neustadt. Um den Verkehr nicht aufzuhalten, korrierten immer nur Gruppen von 80 bis 80 Mann hintereinander fahren. Voran eine Anzahl Frauen, die sich kräftig genug fühlten, die 25 Kilometer zu überwinden; denn der Wind war entchieden für den Stahlhelm. Es fuhren immer nur zwei Mann nebeneinander, und so kam es, daß die 1000 Radfahrer einen Riesenzug bildeten, dessen Spitze schon über die Neustadt hinaus war, als die letzten den Domplatz verließen. Die Menge der mit Fähnchen geschmückten Räder machte sichtlich Eindruck auf das die Straße säumende Publikum. Hinter Neustadt, auf der Straße nach Eberdorf — die Radfahrer sind bekanntlich empfindlich gegen holprige Straßen — formierte man sich zum Gänsemarsch. Dadurch wurde der Zug etwa 3 Kilometer lang. Man kann es also begreifen, daß ein Junge in Eberdorf Zweifel an der Größe der Zahl der Radfahrer heftig und ausrief: „Die fahren so hinten rum um kommen immer wider!“ Denn die Fahnen, die Mützen und Windjacken machten eine Unterscheidung schwierig.

Überall standen Neugierige an der Straße, und viele Reichsbannerleute waren dabei. Es lönte infolgedessen fast ununterbrochen ein fröhliches „Frei Heil!“ hinüber und herüber. Hinter Groß-Mannensleben überholte uns der Extrazug der Magdeburger. Winken und Lächeln schenken. Es ging fast immer bergauf und immer gegen Wind, und weil voran die Frauen sich die Sache wohl doch etwas leichter vorgestellt hatten, nicht gerade im Renntempo.

Doch das war nicht unangenehm. Man hatte Zeit, die Landschaft zu genießen und sich zu freuen über den guten Stand des Weizens, der teilweise schon gelb ist und anfängt im Winde trocken zu räkeln. Der Roggen ist an einigen Stellen schon geschnitten. Hafer und Gerste beginnen sich sommerlich zu färben. Der nadelspitze Turm der Kirche von Groß-Mannensleben prägt sich ein, weiß man hier so etwas sonst nicht sieht, und ein weißes, sich von dunkeln Laubbäumen abhebendes Herrenhaus ragt irgendwo wichtig und selbstbewußt über keine rote Dorfhäuser hinweg. Kommt man aber näher, so sieht das wichtige Haus merkwürdig schäbig aus und die unscheinbaren Häuser sehr geräumig und wohlgepflegt. Sollte dieser Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit öfter zu finden sein?

Nach zweistündiger Fahrt fängt der Zug an zu stocken. Wir sind am Ziele. Die Vorderer gruppieren sich schon, und wir steigen etwas steil vom „stählernen Kopf“ (bei dem Winde will mir allerdings „Nachtzie“ besser gefallen). Bei Herzog und an einigen andern Stellen werden die Räder untergestellt, und man kann erst die Hauptache beginnen.

Sonntag vormittag.

Neuhalbensleben stand selbstverständlich vom frühen Morgen an ganz im Zeichen von Schwarzrotgold. Die Eisenbahnzüge, Fahrräder, Motorräder, Kraftwagen, Kramper, maingeschmückte Kutschwagen brachten immer mehr Festteilnehmer. In dem Garten des Empfangslokals, in den Straßen der Nachbarschaft zeitweise lebensgefährliches Gedränge. Bald aber formierten sich Züge, die Menschenmengen lösten sich auf, das Fest bekam seine straffe Ordnung, die musterhaft durchgeführt wurde.

Aufmarsch der Republikaner.

Um 2 Uhr traten die Kameradschaften in geschlossenem Formationen zur Weiche der Neuhalbenslebener Majke auf der Majke, dem schönen, von alten Bäumen umgebenen großen Festplatz, an und nahmen in einem tiefegelegenen Bereich Aufstellung. Um das Nebeneinander gruppieren sich die zahllosen schwarzrotgoldenen Fahnen. Dann erkante das Bannerlied, vorgetragen vom Gesangverein Einigkeit. Ein imponantes Bild bot diese militärische Aufstellung der Schutztruppen der Republik. Eine unabsehbare Menge republikanischer Männer und Frauen umschirmte das mächtige Karree der Verteidiger der Republik, als Kamerad Braun denburg vom Bundesvorstande die Weiberrede hielt:

Deutsche Republik, wir schwören,
Letzter Tropfen Blut soll dir gehören.

Das ist der Gedanke, der der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zugrunde liegt. Allzulange hat es gedauert, bis sich die Republikaner zusammengesort haben, um den Feinden der Republik Halt zu gebieten. Lange genug hat der Unfug gedauert, den die Gegner der Weimarer Reichsverfassung und der demokratischen Republik in allen Teilen des Reichs ausführten, um der Bevölkerung einzureden, daß sie, die Reaktionäre, den wahren Fortschrittismus gepachtet haben. Damit wollen sie ihr Ziel, die Massen des deutschen Volkes wieder politisch rechtslos zu machen, erreichen. Das werden die Männer und auch die Jugend des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold verhindern. Es ist nicht wahr, was die Reaktionäre sagen: es gebe keine Republikaner. Der Aufmarsch in Neuhalbensleben ist der erste Beweis in unsrer Gegend, daß das Volk zur Republik steht. Noch wirksamer und treffender wird den Gegnern der Republik am Verfassungstag, am 10. August, gezeigt werden, daß das Spiel der Reaktion zu Ende ist.

Kameraden! Mit Gut und Blut, mit Leben und Kraft werden wir einziehen für Republik und Vaterland. Die Fahne, die wir heute weihen, ist das Symbol des Zusammenhalts, der Kameradschaftlichkeit, ein Symbol des Willens, mit frohem Mannesmut, für die Sache der Freiheit zu streiten. Die Zukunft muß uns was finden. Wir wollen die Republik so kräftigen, daß sie nicht mehr zum Hohn und Spotte der Gegner da ist, sondern sich achtunggebietend durchstößt und im Volke fest befantert wird. Um das zu erreichen, muß unsre Organisation, das Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, so stark werden, daß sie allein schon durch ihre Größe und weiteste Verbreitung im Volke alle Gegner abfängt, irgend etwas gegen die Republik zu unternehmen. Wir wollen dienen der Sache der Republik und der Freiheit.

Nach der Hebergabe der gemeinten Fahne an den Neuhalbenslebener Führer, erscholl aus Tausenden von Reihen ein donnerndes Frei Heil auf die Republik. Dann überbrachte Kamerad Baer (Magdeburg) den Festteilnehmern die Grüße des Bundesvorstandes. Unter den alten deutschen Farben schwarzrotgold werden wir für die demokratische Republik werben und unter diesen Farben werden wir die Kämpfe der Zukunft für den Bestand der Republik führen. Die begeisterte Jugend und die ersten Männer werden die republikanische Staatsform verteidigen. Sie werden sich auch nicht die Volkrechte geschlagen lassen. Glühende Heimatliebe veranlaßt uns, zusammenzutreten im Reichsbanner. Mit Treue und Sorge, nicht im Mauth, sondern mit Ernst lieben wir Deutschland. Wir wollen mitwirken, dieses Vaterland zu betreuen. Unsre Demonstration steht im Zeichen der Freiheit und des Vaterlandes.

Der Treuschwur für die Republik.

Ein Wald von Händen erhob sich zum Treuschwur. An den Reichspräsidenten wurde folgendes Telegramm gesandt:

Zehntausende republikanische Kriegsteilnehmer, vereinigt im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, grüßen anlässlich eines republikanischen Tages in Neuhalbensleben, Bezirk Magdeburg, den Präsidenten der deutschen Republik und versichern, unerschütterlich zu wirken für Einheit Freiheit und Vaterland.

Ein andres Begrüßungstelegramm wurde an den Bundesvorsitzenden des Reichstages, Oberpräsidenten Göring, gerichtet.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Magdeburg, Kamerad Lange, überbrachte die Grüße der Magdeburger Kriegsteilnehmer und überreichte einen Fahnenzug für die neue Reichsbanner-Fahne. Der republikanische Tag ist ein deutscher Tag. Das Band, das uns umschlingt, trägt die Worte: Einheit und Recht und Freiheit. Die Treue für unser Volk und für die Republik ist unser Leitstern. Frei Heil, den Neuhaldensleben Kameraden!

Im Auftrag des Magistrats von Neuhaldensleben begrüßte Erster Bürgermeister Woye die Teilnehmer. Er nannte den republikanischen Tag mit Recht eine patriotische Feier.

Unter den Klängen eines Trommler- und Pfeiferkorps und zweier Kapellen marschieren dann die republikanischen Kolonnen in musterhafter Ordnung mit wehenden schwarzrotgoldenen Fahnen in straffer Gliederung durch die Stadt.

Die Bevölkerung von Neuhaldensleben und Umgebung, soweit sie nicht unheilbar reaktionär ist, nahm ein großes Interesse an der republikanischen Kundgebung. Frauen und Kinder begleiteten den Zug und hörten besonders zahlreich auf dem Festplatz die Reden der Führer des Reichsbanners. In der Dörfern der Umgebung empfingen die Frauen und Kinder die durchfahrenden Republikaner mit freudigen Frei-Weil-Musik. Überall sah man die Farben der Republik. Der republikanische Tag in Neuhaldensleben hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß schon jetzt die Reichsbannerbewegung eine Volksbewegung geworden ist. Die Republik und die Reichsfahne schwarzrotgold werden fest im Herzen des Volkes wurzeln. --

Ausklang.

Nach der Schlundgebung auf der Straße entwickelte sich bei Herzog und im Schützenhaus frohes Festreiten. Die auswärtigen Gäste rüsteten allerdings schon wieder zur Heimfahrt. Alle in gehobener Stimmung, die das gute Gelingen einer großen Volksfeier immer auslöst. Beigetragen zur guten Stimmung hat auch das prächtige Wetter und der freundliche Empfang, den alle in Neuhaldensleben fanden.

Der Organisationsgabe, die der Festausschuß entwickelt hat, muß man Anerkennung zollen. Man fühlte in allem eine Ordnung und eine Regelung. Für billiges und kräftiges Mittagessen war auch gesorgt. Man hatte zu diesem Zwecke Feldküchen aufgebaut.

Es muß auch der Eifer der Arbeiterkameraden und der Neuhaldensleben Sanitätskolonne hier lobend erwähnt werden. Sie mußten leider nur zu häufig in Aktion treten.

Im ganzen: ein schönes Fest und eine machvolle Kundgebung.

Republikanische Feiern im Kreise Wanzleben.

Die Fahnenweihe in Scherfte.

Noch nie hat unser Ort solch eine große Zahl republikanischer Männer für Demokratie und Völkerverständigung demonstrieren sehen. Schon am frühen Morgen kamen einzelne auswärtige Ortsgruppen des Reichsbanners und Arbeiter-Radfahrer an, so daß bis zum frühen Nachmittag unser Ort wie der Aufmarschplatz republikanischer Regimenter ausfiel. Aus dem Kreise Scherfte und unserm Heimatort waren die Kameraden des Reichsbanners in geordneten Kolonnen und frohem Spiel erschienen. Das zu gleicher Zeit stattfindende Arbeiter-Radfahrerfest bildete mit der Fahnenweihe unsern Kampfbund zum Schutze der Verfassung eine einheitliche Freikundgebung für die Republik. Der Ort leuchtete in den Farben der Republik.

Der Festzug am Nachmittag zeigte die hoffnungsvollen und doch so ernsten Gesichter der wirklichen Frontkämpfer aus der grauenhaften Zeit der Somme- und Marne-Schlachten. Die Festrede bildete den Höhepunkt des ganzen Tages. Unser Reaktionslose saßen gestern da, wo sie am 9. November 1918 gesessen haben.

Landarbeiter feiern die Republik.

In Wolmirsteden fand gestern eine Vannerweihe des Landarbeiterverbandes statt. Die Landvolkstarier waren aus einer großen Zahl von Orten unseers Kreises erschienen. Ein besonderes Gewicht bekam der Festzug am Nachmittag durch die Teilnahme mehrerer Ortsgruppen des Reichsbanners aus der Gegener Mulde. Auf dem Festplatz nahm der Kreisleiter des Landarbeiterverbandes, Genosse Schröder, die Weihe des Banners vor. Er verwies auf die schwere Zeit der Not unter den Landarbeitern vor dem Kriege. Der Junker unterjochte brutal den Landproleten. Heute in der demokratischen Republik kann auch der Landarbeiter die Fahne des Sozialismus tragen. Gerade jetzt, wo man wieder mit Lohnabbau und Hungerzölle das Brot der Armen verteuern will, sollen die Landarbeiter fest zusammenhalten.

Nach Gesang und einem Prolog hielt dann Parteisekretär Schumacher die Festrede. Seine Worte waren ein nachdrückliches Bekenntnis aller Schaffenden zur deutschen Republik. Einmütige Zustimmung der Festteilnehmer zeigte, daß nun endlich die Zeit des Erwachens der Republik da ist. Treue zur Republik, wenn es sein muß, auch Kampf gegen die Feinde der demokratischen Verfassung wurde von den über 1000 Festteilnehmern mit Begeisterung gelobt.

Gründungsfeier im Hungergebiet.

In der Stadt, die seit langem von nationalsozialistischen Organisationen als ihre Stadt bezeichnet wurde, in Gackeln, fand am Sonntag die Gründungsfeier für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold statt. Die Kameraden aus der nächsten Umgebung waren mit ihren Fahnen und mit Musik erschienen. Das Lokal war überfüllt. Kamerad Weinert (Magdeburg) hielt die Festrede. Seine martialischen Worte machten tieflich Eindruck auf alle Anwesenden. Der Arbeiter-Gesangverein und junge Republikaner schloßen die Veranstaltung sehr gut ab. Von nun an dürfen wir wieder sagen, Gackeln gehört den Republikanern. --

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Juli 1924

Die Kinder mit der Reichsfahne.

Ein Schilling von Geld und Waren wurde dem Reichsbanner der Kriegesbeschädigten von Magdeburg die Möglichkeit gegeben, den Kriegeswaisen ein Kinderfest zu veranstalten. Aus allen Teilen der Stadt sammelten sich am Sonntagabend die Kinder auf dem Schrottplatz, um von dort aus durch die Otto-von-Guericke-Straße nach dem Stadtplatz zu gehen, wo es Spiel, Musik und allerlei andere Dinge geben sollte, die ein Kinderfest ausmachen. Von dort vor dem Schrottplatz hatten sich eine Menge Leute gesammelt, die den Zug sehen wollten. Mit schmutzigen Kleidern an der Spitze kam ein 1/2 Jahre altes, hohes Kind angezogen, das geküßt wurde von den jubelnden Eltern und Schwestern, die eine Menge ebenfalls kleine Kinder folgten. Jede Gruppe hatte sich einen Platz besetzt, auf dem die Kinder untergebracht wurden. Sie waren meist mit einem Koffer besetzt. Nur eines war ein Spielzeug. Bei solchen Dingen können im Grunde sitzen, die in diesem Falle den Festzug ins Leben gebracht hätten, Meibels man den Führer des grauen Gefellen in eine garantiert echte friederizianische Uniform, wohl wissend, daß alle Ziel durch so etwas in Begeisterung zu bringen sind. Die Gruppe „Reform“ hatte sich ein kleines buntes Fähnchen gebaut und trug es als Symbol der Siegelung vor sich her. Die Wummengirlanden, die alle Gruppen trugen zeigte bei dieser die mit Blumen gefachte Fahne „Nie wieder Krieg“.

Der kurze fröhliche Zug — etwa 2000 Kinder mögen es gewesen sein — mit seinen Fahnen und Farben der Republik, machte einigen behaglichen Zeitgenossen Mergel und dieser quetschte ihnen das Gesicht ab: „Die Feiern noch zu viel Meile, sonst würden sie so etwas nicht machen.“ Das wäre so recht nach dem Herzen dieser Leute, die den siegreich nach Schweden sich durchschauenden Generalen die Pension verdoppeln und den schon jetzt verelendeten Kindern den Brotkorb noch höher hängen möchten.

Zum Glück ließen sich froh gestimmte Kinderherzen durch Spielzeug nicht stören, sondern sangen, begeisterten sich an Musik und „Vollchen“ und trugen noch am nächsten Tage mit Begeisterung die Fähnchen herum, die dabei waren, als es so viel Vergnügen gab. --

Am 10. August cc. in Magdeburg republikanische Kundgebung zur Verfassungs-Feier

Republikaner, rüffet!

Der 10. August ist der Tag der Republik.

Der Mars.

Dieser Nachbarplanet der Erde, kommt ihr jetzt immer näher und nimmt an Hellheit zu. Er hat seit Anfang dieses Jahres seinen Abstand von der Erde von 45 auf 11 Millionen geographische Meilen verringert und auf seiner Bahn bereits den des Abends im Süden strahlenden Jupiter erreicht. Ende August kommt er der Erde bis auf etwa 7 1/2 Millionen geographische Meilen nahe und hat damit eine Erdnähe erreicht, in die unser Nachbar im Sonnensystem infolge Abweichens der Bahnen beider Planeten von der Kreisform und ihres Laufes um die Sonne nur alle 79 Jahre einmal gelangen kann.

So nahe und so hell wie 1924 haben also die Bewohner der Erde den Mars seit 1845 nicht mehr gesehen und können ihn erst wieder so erblicken im Jahre 2003. Die Astronomen sehen daher der bevorstehenden Erdnähe des Mars mit besonderem Interesse entgegen und die jetzt errichtete provisorische Beobachtungsstation auf der Jungfrau dient hauptsächlich zur Beobachtung des Mars in den kommenden Wochen.

Gegenwärtig strahlt der Planet in intensivem Licht und geht gegen 10 1/2 Uhr abends im Südosten auf. In der Morgendämmerung strahlt er jetzt als prächtiges Gestirn im Süden und sein Glanz ist jetzt schon so groß, daß man ihn nach Sonnenaufgang eine Zeitlang sehen kann. --

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Einleitungszentrale Telefon 3601. Geöffnet von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr Freitagstags länger. Auslieferung, Jakobstr. 49 b. Seligensiedel

Abteilungsleiter und Vorstand am Donnerstag den 24. Juli, abends 8 Uhr. Sitzung Große Münzstraße 3. Jeder Bezirk muß vertreten sein.

Achtung, Spielleute! Mittwoch abends 8 Uhr an bekannter Stelle. Abteilung Wilhelmstadt. Dienstag den 22. Juli, abends 7 Uhr, sämtliche Radfahrer Fort 5. Laternen mitbringen.

Der Vorstand.

Die Gewährung von Erziehungsbeihilfen. Voraussetzungen werden auch im laufenden Rechnungsjahr Reichsmittel zur Vererbung von Erziehungsbeihilfen verfügbar sein. Hierdurch wird es, so führt der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, dem Amtlichen Preussischen Presseamt zufolge, in einem Ertrag an die Erziehungsausschüsse aus, möglich werden, in besonderen Einzelfällen Erziehungsbeihilfen zu gewähren. Die Beihilfen haben den Zweck, einzelnen hervorragenden begabten Schülern und Schülerinnen, insbesondere der oberen Klassen, durch Gewährung eines monatlich den Erziehungsbeihilfen auszuwählenden Betrags als Beitrag zu den Unterhaltskosten das Verbleiben auf der höheren Schule oder den Zugang zu ihr zu ermöglichen. Hierbei dürfen nur wirklich bedürftige berücksichtigt werden, und es wird nicht einseitig die verhandlungsmäßige Begabung, sondern die ganze Persönlichkeit gewürdigt werden müssen. -- In einem weiteren Ertrag wird angeführt, daß die für die höheren Lehranstalten getroffene Bestimmung, wonach 7,5 Prozent des Schulgeldes zur Begründung und Fortführung einer Stiftsbücherei und zur Gewährung von Erziehungsbeihilfen zur Verfügung stehen, auch für die staatlichen Kunst- und Musikklassen gilt. Etwa nicht verbrauchte Beträge sind als Neuausgabe nachzuweisen. Es ist jedoch darauf Bedacht zu nehmen, daß die Mittel zum Jahresabschluss verwendet werden und Aufsparrungen unterbleiben.

Magdeburg als Kongressstadt. Die über ganz Deutschland und auch im Ausland weit verbreitete „Unabhängige Großloge des Freimaurerbundes Zur Aufgehenden Sonne“ (G. V. Piraterberg (H. J. A. S.)), hier vertreten durch die Loge Walbur im „Kaiserhof“, bezieht bereits im Jahre 1912 ihren Großlogentag in unserer Stadt. Auch in diesem Jahre wird genannte unabhängige Großloge die Tagung wieder bei uns abhalten, und zwar in der Zeit vom 24. bis einschließlich 28. Juli 1924 in den Räumen des Gesellschaftshauses Hohenzollern, Breiter Weg 140, I. Wenn auch die Tagung vorwiegend ernster Arbeit gewidmet ist, so sollen doch auch die Sehenswürdigkeiten unserer Stadt in Augenchein genommen und zur Erholung unsere schönen Parkanlagen ausgenutzt werden. Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung werden die Tagung abschließen. --

Magdeburg als Kongressstadt! Der Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne“ bezieht vom 24. bis 28. Juli 1924 den alljährlichen Großlogentag in Magdeburg. Für diese Zeit werden noch eine Reihe Privatquartiere gesucht und es wird darum in der nächsten Nummer, daß in Frage kommende Privatquartiere zu diesem Zwecke ihre Adresse dem Verkehrs-Verein abgeben möchten. --

Werdet Mitglieder der Magdeburger Volksbühne!

Neuanmeldungen für die Spielzeit 1924/25 an den Konzertsälen Heinrichshagen und Buchhandlung Volkshimmels. Die bisherigen Mitglieder werden von unseren Kassierern aufgefordert, brauchen sich also nicht zu melden. Der Vorstand.

Die Knattern Motorräder. Der zunehmende Verkehr auf Straßen hat allerlei Unbeglückte und Auswüchse hervorgerufen. Die Hauptstraßen der Städte und die Landstraßen werden nicht nur von den Auspuffgasen der Automobile, sondern auch von dem Knattern der Motorräder beherrscht. Die schiefen Klagen, die Herüber aus weiten Kreisen der Bevölkerung erhoben werden, haben die Reichs- und Staatsbehörden zu Maßnahmen veranlaßt, die sich zunächst auf sanftere Maßnahmen und Strafbestrafungen durch das Verbot der Motorräder als „nicht unbegründet“ erklärt. Das Verkehrsministerium hat in einem Rundschreiben an die Landesregierungen die Beschwerden über starke Belästigungen durch das Geräusch der Motorräder als „nicht unbegründet“ erklärt. Das Verkehrsministerium weist darauf hin, daß nach der Reichsverordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 15. März 1923 die Kraftfahrzeuge so beschaffen sein müssen, daß jede irgend vermeidbare Belästigung von Personen und Gefährdung von Fußgängern durch Geräusch ausgeschlossen ist. Ferner sind nach der Anweisung für die Prüfung von Kraftfahrzeugen die Verbrennungsgeräte bei Explosionsmaschinen unter Anwendung ausreichender schalldämpfender Mittel abzufahren. Insbesondere ist der Führer verpflichtet, dafür zu sorgen, daß eine „milde“ Beschaffenheit des Fahrzeuges vermeidbare Entwicklung von Geräusch (ein sehr behagbarer Begriff) in keinem Fall eintritt. Das Öffnen von Auspuffklappen innerhalb geschlossener Ortsteile ist ausdrücklich verboten. Diese Vorschriften gelten auch für Kleinmotorräder. Der Reichsverkehrsminister betont zum Schluß, daß es nicht zuletzt im Interesse der weiteren Entwicklung dieses wichtigen Verkehrsmittels selbst liegt, die Auswüchse im Kraftfahrzeugverkehr zu beseitigen. Die preussischen Minister des Innern und für Handel und Gewerbe haben auf Grund dieses Rundschreibens die Polizeiverordnungen erjucht, auf die gewissenhafte Beobachtung der für Motorräder gegebenen Vorschriften mit Nachdruck hinzuwirken und gegen Verstöße Vorzugesen.

Die Gemeinde. Das soeben erschienene neue zweite Jahrgang der sozialdemokratischen kommunalpolitischen Zeitschrift „Die Gemeinde“ ist in seinem Spezialteil wiederum den Problemen der Jugendwohlfahrt gewidmet. Es enthält dazu Aufsätze von Toni Pfaff über den „Aufgabenkreis der Jugendämter“, Kollmann Heymann über die neuen gesetzlichen Bestimmungen der Jugendwohlfahrt und die Arbeiterwohlfahrt, von Gust Böhm über „Jugendfürsorge in Magdeburg“. In allgemeinen Teilen enthält die neue Nummer Aufsätze von Dr. Bruno Vorstadt (Berlin), „Gemeinde und Radio“, Dr. Heimrich (Münster), „Das Problem der Kleinrentnerfürsorge“, Ernst Reuter (Berlin), „Sachverständigen-Gutachten und Gemeindefinanzen“, Dr. Karl Herz (Spartan), „Selbstverwaltung und Polizei“, außerdem Politiken zur Gesetzgebung, Verwaltung und kommunalen Einzelfragen. „Die Gemeinde“ erscheint am 1. und 15. jedes Monats und ist durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag F. H. W. Diez Nachf., Berlin SW 63, Lindenstraße 3, zu haben. --

Schmuckanlagen am Adolf-Mittag-See. Gelegentlich der Umstellung der „Manna“ hat das Gelände um den Adolf-Mittag-See mannigfache Änderungen erfahren müssen. Besonders der Festplatz selbst wurde umgestaltet. Die gärtnerischen Anlagen des Platzes sind aber in den letzten Jahren nicht gepflegt worden und bieten wenig schönen Anblick. Mit Rücksicht auf die vom 23. August bis 14. September hier stattfindende Ausstellung für Gas, Wasser und Elektrizität soll nun der Festplatz eine neue gärtnerische Ausgestaltung erfahren. Die Kosten hierfür sind auf rund 1200 Mark angesetzt worden. --

28. deutscher Krankentag. Der 28. deutsche Krankentag, die Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankentagler, E. B. in Dresden, tagt am 27. und 28. Juli d. J. in Samburg. Für die Sozialversicherung und besonders für die Krankentagler wird diese Tagung überragende Bedeutung haben, da der Hauptverband deutscher Krankentagler mit rund 1000 Kassen und fast 12 Millionen Versicherten die größte Organisation der deutschen Krankentagler überhaupt darstellt und wohl eine der größten Organisationen der Welt ist. Die Tagesordnung sieht u. a. vor Vorträge über den Umbau der Sozialversicherung, die Wiederaufnahme der sozialhygienischen Arbeiten und die Arztfrage. Wie werden über die Tagung berichtet.

Freunde tuberkulöser Kinder. Die schwere Schädigung des Volkes durch die Tuberkulose hat namentlich im Hinblick auf die schwere wirtschaftliche Not seit geraumer Zeit wirksame Abwehrmittel erfinden und ausbauen lassen. Im Rahmen des von Staat und Kommune erhaltenen Ambulatoriums für Knochen- und gelenktuberkulöse Kinder in Berlin N. Eberswalder Straße, werden zurzeit etwa 300 tuberkulöse Kinder mit Sonnen-, Freiluft- und gymnastischen Übungen behandelt und durch Freiluftunterricht weiter gebildet. Die unheilbaren Ergebnisse dieser Methode haben eine Anzahl von Persönlichkeiten, welche den Wert einer Verbreiterung dieser Arbeit für das Volkswohl erkannt haben, veranlaßt, einen Verein der Freunde tuberkulöser Kinder zu begründen, dessen Aufgabe es sein soll, der Tuberkulose durch geeignete sanitäre und medizinische Mittel vorzubeugen und tuberkulöse Kinder zu heilen. Um diesen Gedanken in ganz Deutschland zu verbreiten, soll die Unterstiftung und Förderung einer Muster- und Lehranstalt als besonderer Zweck des Vereins gepflegt werden. Dem Sekretariat gehört eine große Anzahl führender Persönlichkeiten an. Die Geschäftsstelle befindet sich bei: Dr. Taubmann, Berlin W50, Pragerstraße 13.

Leichenlandung. Am 17. Juli 1924 wurde in der Nähe des Findener Strombades ein Ufer eine unbekannt männliche Leiche angetrieben. Anscheinend hat die Leiche längere Zeit im Wasser gelegen, da sie stark in Verwesung übergegangen ist. Es fehlen die Kopfhaare, die Hände, die linke Hand und die Finger der rechten Hand. Die Körperseite sind anscheinend beim Treiben der Leiche von Dampfem oder anderen Fahrzeugen abgedrückt worden. Die Leiche war ohne Kleidungsstücke, anscheinend von mittlerem Alter, etwa 1,70 Meter groß, stark und breitschulterig. Sachdienliche Mitteilung über die Persönlichkeit der Leiche erbittet die hiesige Kriminaldirektion. --

Vermittlung wird der 17jährige Arbeiter Hermann Thor hier, Grünarmstraße 6 wohnhaft gemeldet. Er ist mittelgroß, hat blondes Haar, rundes Gesicht, rötliche Gesichtsfarbe und war mit grauer Wäsche, braunem Ärmel, schwarzen Halbschuhen, grünen Strümpfen und dunkler Krawatte bekleidet. Angaben über den Verbleib des Vermittigten erbittet die Kriminaldirektion. --

Gefährliche Tiere auf Schaufastern am Breiten Weg und in der Ibenfelder Straße 2 chinesische Ziegenfelle (schwarzweiß), bunte Kinder- und weiße Wirtschaftschürzen, sowie auf dem Stadtplatz 7 Gänse, 1 Hahn und 6 Hühner, von denen 2 am Tator abgeschlachtet worden sind. --

Herrnloses Fahrrad. Bei einem hiesigen Postamt ist vor einigen Tagen ein Herrenfahrrad aufgefunden worden. Der Eigentümer kann sich im Zimmer 142 des Postamts 1, Breiter Weg 203/206, in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags melden. --

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Victoria-Theater. Mittwoch nächstes Gastspiel Franz Stein vom Schauspielhaus Leipzig: Wer wohnt im Judenack. -- Donnerstag: Musik. -- Freitag: Rein Vetter Eduard. -- Sonnabend: Musik. -- Sonntag: Rein Vetter Eduard. --

Nächstes Gastspiel Franz Stein (Leipzig). In der morgen (Mittwoch) stattfindenden Aufführung von „Rechts“: Wer wohnt im Judenack? wird sich der Leipziger Operettensänger Franz Stein vom Magdeburger Publikum verabschieden. Der Kartennverkauf für diese Vorstellung hat bereits begonnen. Zusendungen haben mit einem Anblick auch zu diesem Gastspiel Gültigkeit.

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Willst Du Meinem, auf zu Promos, 29. (Bismarckstr. 29.)

